

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Verlautbarungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 23. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonniert auf den „Vorwärts“!

Der bevorstehende Winter stellt das deutsche Volk vor schwere politische Entscheidungen. Durch die frivole Finanzwirtschaft der herrschenden Parteien, durch ihre leichtfertige Bewilligung stetig steigender Heeres- und Flottenvermehrungsforderungen, ohne die Beschaffung der zur Deckung nötigen Geldmittel, sieht sich die Regierung zu einer neuen, umfassenden Reichsfinanzreform gezwungen, zu einer noch weit schärferen Anziehung der Steuerkrone als vor zwei Jahren. Noch sind die neuen Steuerprojekte des Reichsschatzmeisters nicht in ihren Einzelheiten bekannt; aber sicher ist, daß die jährliche Steuerlast um mindestens

400 Millionen Mark

erhöht werden soll, und daß von dieser enormen Summe mindestens 300 Millionen Mark durch Erhöhung der Steuern auf Bier, Tabak und Branntwein aufgebracht, also aus der breiten Masse des werktätigen Volkes herausgepreßt werden sollen.

Im Reichstag wird der Kampf um die geplante Steuererhöhung ausgefochten. Seine Verhandlungen werden also in den kommenden Monaten von besonders schwerwiegender Bedeutung sein. In einer politisch so bewegten Zeit darf in keinem Arbeiterhaushalt das Blatt der zur Erkenntnis ihrer Lage gelangten Berliner Arbeiterschaft:

der „Vorwärts“

fehlen; denn nur er vertritt schneidig und energisch, ohne Rücksicht auf die Anfeindungen der Staatsgewalt und der herrschenden Klassen, das Interesse der nach der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, nach Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus strebenden Arbeiterklasse. Und die Ueberschüsse, die der „Vorwärts“ abwirft, fließen nicht in die Privattasche eines reichen Unternehmers zur Vermehrung seines Vermögens, sondern in die sozialdemokratische Parteikasse, das heißt in den Kampffonds des deutschen Proletariats; sie kommen also der Arbeiterklasse dadurch, daß sie ihre Kampfmittel verstärken, selbst wieder zu gute.

Doch nicht nur die innere Reichspolitik steht vor schweren Aufgaben; auch auf dem Gebiete der Auslandspolitik ist die Lage nicht minder ernst. Durch den Sultanwechsel in Marokko ist der Gegensatz zwischen der deutschen und französischen Marokkopolitik aufs neue verschärft worden; und ferner hat der überraschende Umschwung in der Türkei, der Sieg der jungtürkischen Reformbewegung, auf der Balkanhalbinsel eine Reihe neuer bedeutender Fragen aufgeworfen. Außerdem stehen höchst wichtige Beratungen im

Preussischen Abgeordnetenhaus

gebot, in dem zum erstenmal die sozialdemokratische Arbeiterschaft durch eine eigene Fraktion vertreten ist. Die neue Session wird schon im Oktober beginnen. Neben der Besoldungsbesserung für Beamte und Lehrer werden vornehmlich Steuererhöhungen und schulpolitische Fragen zur Verhandlung gelangen und unseren Landtagsabgeordneten Gelegenheit bieten, im Dreiklassenparlament die Rechte der Arbeiterschaft wahrzunehmen.

Demnach wird das kommende Vierteljahr sich voraussichtlich zu einer

politischen Hochsaison

von ganz besonderer Bedeutung gestalten. In solcher Zeit kann niemand aus dem Volke, der sich für das politische Leben interessiert, eines Blattes entbehren, das ihn über die Fragen der Politik und des öffentlichen Lebens schnell und zuverlässig unterrichtet und gegenüber der schamlosen Interessenpolitik der Privilegierten energisch seine Interessen verteidigt.

Zu Berlin kommt als solches Blatt für das werktätige Volk nur

der „Vorwärts“

in Betracht. Alle anderen Blätter dienen dem Interesse bestimmter kapitalistischer Schichten oder unter der Maske der Unparteilichkeit dem Erwerbsinteresse ihrer Besitzer und Unternehmer. Der „Vorwärts“ wird seinerseits sich nach Kräften bemühen, den Pflichten zu genügen, die ihm seine Stelle als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der politischen Presse auferlegt und neben instruktiven politischen Leitartikeln und ausführlichen Parlamentsberichten es nicht an belehrenden Artikeln über das internationale Wirtschaftsleben, den Stand der Sozialgesetzgebung, die Arbeiter- und Gewerkschaftsverhältnisse, sowie an reicher Unterhaltungslektüre fehlen lassen.

Steuerpsychologisches.

Die Modparteien befinden sich zurzeit auf der Steuerjagd, und man kann wieder einmal gründlich die Wahrheit des alten Spruches kennen lernen, daß jedermann nur die Steuern für gerecht und zulässig hält, die ein anderer bezahlt. Den wahren Zusammenhang der Steuerfrage haben wir in den letzten Wochen wiederholt behandelt und mehrfach nachgewiesen, daß — abgesehen von unserer grundsätzlichen Stellung zu allen indirekten Steuern — das Problem der Finanzreform überhaupt nicht durch Steuern gelöst werden kann, denn der Kern dieses Problems ist eben der, daß bisher jede durch neue Steuern erzielte Einnahmeerhöhung des Reiches binnen kurzer Zeit durch die ungeheuren, stets wachsenden Ausgaben wieder aufgefressen worden ist, und daß das auch weiterhin so gehen wird, so lange die gegenwärtig beliebte Finanzwirtschaft anhält. Voraus folgt, daß eine wirkliche „Reform“ nicht bei den Einnahmen, sondern bei den Ausgaben einzusetzen hat, vor allem bei den Militärausgaben, die aber wirksam nur eingeschränkt werden können, wenn man das gegenwärtige Heerwesen durch die Volkswehr ersetzt. Dies aber will die Bourgeoisie nicht, weil die Volkswehr ihr nicht in gleichem Maße wie das stehende Heer als Waffe gegen das Proletariat dienen würde. Deshalb wird das Deutsche Reich aus der Finanznot bis auf weiteres nicht herauskommen, selbst wenn sich die gelahrten und ungelahrten Steuerjäger noch so heftig die Köpfe zerbrechen.

Es lohnt deshalb auch kaum, alle die auftauchenden Steuerprojekte nach der finanziellen Richtung hin auf ihre Wirksamkeit zu prüfen. Wenigstens nicht, so lange man nicht ernstlich an die Beseitigung der Finanzsorgen des Reiches denkt. Die können sie nicht beseitigen. Dagegen können sie für die Lebenshaltung des Volkes allerdings die größte und schädlichste Bedeutung haben und müssen von diesem Gesichtspunkt aus sehr ernstlich geprüft und bekämpft werden.

Interessant ist aber das Benehmen der Steuerjäger in psychologischer Hinsicht. Wie die Raubtierinstinkte wieder entseelt werden, wie alle die Phrasen von „Patriotismus“, von „Aufopferung für das große Ganze“ zuschanden werden, wie jeder bestrebt ist, die Opfer von sich abzuwälzen und anderen aufzuhalsen, kurzum, wie wieder einmal der Kampf aller gegen alle in seiner ganzen Widerwärtigkeit entbrannt ist: das ist ein Gegenstand, der es fast verdient, durch den Pinsel eines großen Malers festgehalten zu werden.

Aber den Sieg in diesem Wettstreit des widrigsten Egoismus tragen doch wieder unbestritten die Agrarier davon. Die gesamte kapitalistische Wirtschaft ist ja auf Selbstsucht, auf Egoismus aufgebaut, aber eine solche Unverschämtheit, eine solche schier naive Selbstverständlichkeit, für sich Vorteile, für die anderen Lasten zu fordern, wie sie bei den Wortführern der Agrarier ganz und gäbe ist, bringen die anderen doch nicht immer fertig. Man höre nur, wie sich in der „Deutschen Tageszeitung“ Herr Dertel in eigener Person zu der Steuerfrage äußert.

Zunächst das bekannte Geschwätz, daß die Finanzreform keine Parteifrage, sondern eine Frage der „nationalen Notwendigkeit“ sei. Was aber versteht Herr Dertel unter „nationaler Notwendigkeit“? Im wesentlichen nichts weiter als den Bestand und den Profit der von ihm vertretenen Berufsklasse. Er schreibt:

„Freilich wird die finanzielle Sicherheit nicht allein durch neue wenn auch noch so ergiebige Steuern geschaffen und gewährleistet. Wenn diese Steuern den Bestand und die Selbständigkeit der Einzelstaaten gefährden, wenn sie die Volksteile, die anerkanntermaßen die stärksten Träger des Staatsgedankens und der Staatszukunft sind, übermäßig belasten oder gar ihre wirtschaftliche Grundlage bedrohen: dann kann eine derartige Finanzreform vielleicht das Reich über die Schwierigkeiten der nächsten Jahre hinweghelfen, aber sie gefährdet und vernichtet gleichzeitig die finanzielle Sicherheit der Zukunft. Daran muß festgehalten werden. Nur dann bleibt das Reich fest und gesichert, wenn die Einzelstaaten ihre finanzielle Selbständigkeit aufrecht erhalten können und wenn diejenigen Volksteile gesichert und in ihrem Bestande geschützt bleiben, ohne die Staat und Reich nicht dauern und gedeihen können.“

„Diejenigen Volksteile“, das heißt, wie Herr Dertel dann weiter andeutet, — Mittelstand. Also die bekannte agrarische Spiegelfechterei, die vorgibt, für den gesamten Mittelstand, für die kleinen Landwirte, ja für das gesamte Volk zu arbeiten, indes sie im wesentlichen nur die Interessen der großen Grundbesitzer wahrnimmt.

Nachdem so an Stelle des Staats und der Gesamtheit einzelne Volksteile gesetzt sind, ist die Bahn frei, um für diese Volksteile Bevorzugungen zu fordern im Namen des gesamten Staatsinteresses. Alles, was diesen Volksteilen einen Sondervorteil bringt, ist nunmehr einfach „im Staatsinteresse“ nötig. Und im Fördern ist Herr Dertel wahrlich nicht blöde:

Betrachtet man die Angelegenheit unter diesem Gesichtswinkel, so wird man auf solche direkten Steuern verzichten müssen, welche das Rückgrat der finanziellen Sicherheit der Einzelstaaten bilden. Man wird aber auch solche Steuern nicht planen und vorschlagen dürfen, welche geeignet sind, den Mittelstand und insbesondere die Landwirtschaft nicht nur über Gebühr zu belasten, sondern künftig in ihrem Be-

stande zu gefährden. Daß zu diesen Steuern die geplante Nachlasssteuer gehört, die auch auf solche Erbschaften gelegt werden soll, welche an Kinder und Ehegatten fallen, bedarf nach unseren früheren Darlegungen keiner nochmaligen besonderen Hervorhebung. Man mag diese Steuer noch so vorzüglich gestalten, man mag noch so viele Erleichterungen gewähren: sie bedeutet doch tatsächlich eine Gefährdung gerade der Volksteile, die für die finanzielle und politische Sicherheit des Reiches von höchstem Werte sind. Eine derartige Steuer wirkt also dem eigentlichen Zwecke der Finanzreform, der Sicherung der Zukunft des Reiches, geradezu und unmittelbar entgegen.“

Eine feine Logik! Und insbesondere eine echt „patriotische“ Logik! Zuerst stellt man die unbewiesene Behauptung auf, man selbst sei „anerkanntermaßen“ der eigentliche Träger der Staatszukunft. Dem folgt die zweite unbewiesene Behauptung, man werde durch die Nachlasssteuer nicht nur „über Gebühr belastet“, sondern geradezu „in seinem Bestande gefährdet“. Und aus diesen zwei ganz willkürlichen, falschen Behauptungen wird dann led der Schluß gezogen, die Nachlasssteuer würde der Sicherung der Zukunft des Reiches entgegenwirken. Und dieser ganze Aufwand von Trugschlüssen dient nur dazu, um sich von einem angenehmen Beitrag zu den Lasten des „Vaterlandes“ zu drücken! Des Vaterlandes, das doch gerade den Agrariern seit Jahr und Tag ungemessene Reichtümer in den Schoß wirft! So brachte die „Hilfe“ dieser Tage folgende Zusammenstellung:

„Es wurden im Jahre 1907 pro Kopf an Zoll bezahlt für“

Getreide und Hülsenfrüchte . . .	4,27 M.
Petroleum	1,23 „
Kaffee	1,21 „
Wein	0,37 „
Holz	0,83 „
Schmalz	0,22 „
Erdfrüchte	0,18 „
Eisenwaren	0,14 „
Butter und Margarine	0,13 „
Baumwollengarne	0,12 „
Pferde	0,12 „
Rinder und Schafe	0,12 „

Es folgen dann mit geringeren Beträgen Kakao, Reis, Baumwollwaren, Fleisch, Maschinen, Oelrüben, Käse, Gewürze, Holzwaren usw. . . . Nicht das ist aber das Schlimmste, daß diese Zölle bezahlt werden müssen, sondern daß durch sie gleichzeitig alle Preise, auch der einheimischen Erzeugnisse in die Höhe getrieben werden. Wir zahlen riesenhafte Steuern an Privatleute. Ist es da ein Wunder, wenn das Deutsche Reich sich vor Armut nicht zu helfen weiß?

In der Tat, riesenhafte Steuern an Privatleute. Und diese Privatleute, die die Steuern der Armen und Armenisten einzahlen, das sind zum großen Teil die Agrarier! Dafür stellen sie jetzt ihren Dank ab, indem sie sich mit Händen und Füßen sträuben, durch die Nachlasssteuer auch mal etwas zu bezahlen, und statt dessen — gemütboll wie immer — eine neue Belastung der Armen vorschlagen! Herr Dertel fährt nämlich fort:

„Welche Steuern in erster Linie zu empfehlen seien, liegt für jeden unbefangenen (!) Beurteiler der Angelegenheit auf der Hand. Man wird in erster Linie die Genußmittel heranziehen müssen, die eine höhere Steuer vertragen, weil sie nicht ein tatsächliches und unabweisbares Bedürfnis befriedigen und weil sie in den meisten anderen Ländern weit höher belastet sind als im Deutschen Reich.“

In erster Linie Genußmittel, wodurch dann zugleich die Einkünfte der ländlichen Kapitalisten wieder erhöht werden könnten! Und das nennt man dann in bekannter Bescheidenheit ein — Opfer, das die Landwirtschaftskapitalisten bringen:

„Man stellt die Sache vielfach so dar, als ob die Erhöhung dieser Genußmittelsteuern eine besondere Konzeption an die Agrarier sei. Das ist durchaus nicht der Fall. Diese Genußmittel belasten die Landwirtschaft ebenso wie die anderen Stände; ja einige von ihnen bedeuten tatsächlich eine stärkere, unmittelbare oder mittelbare Belastung der Landwirtschaft.“

Schließlich werden wir noch hören müssen, daß auch der Getreidezoll ein „Opfer“ sei, das die Junker bringen. Denn da infolge der Zölle alles teurer geworden sei, müsse der Junker doch auch mehr für seinen Unterhalt bezahlen. Und so schließt denn Herr Dertel, nachdem er noch eine Dividendensteuer empfohlen, dreist und gottesfürchtig mit den Worten:

„Wir sind zu Opfern bereit, aber nicht zu solchen, welche nicht nur die finanzielle, sondern die politische Zukunft des Deutschen Reiches, statt sie zu sichern, gefährden müssen.“

Die Ausführungen sachlich zu prüfen hat keinen Wert. Nur den Einblick, den sie in die Psyche der Junker gewähren, wollten wir unseren Lesern nicht vorenthalten.

Sydows „Reichsfinanzreform“.

Endlich hat der Reichsschatzsekretär sich bewogen gefühlt, den Schleier, der seine Steuerpläne umhüllte, ein wenig zu lüften. Er hat für das Oktoberheft der „Deutschen Rundschau“ einen Aufsatz über Aufgaben und Wege der

Reichsfinanzreform geschrieben. Der die Grundzüge seiner Reform der Reichsfinanzen darlegt. Das betreffende Heft gelangt erst am 25. d. M. zur Ausgabe; doch ist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schon heute in der Lage, daraus die wichtigsten Ausführungen mitzuteilen.

Herr Sydow versichert sparen zu wollen, doch selbst nach allen „möglichen Ersparnissen“ ist noch immer ein Mehrbedarf von 2-2 1/2 Milliarden Mark für die nächsten 5 Jahre nötig, also pro Jahr eine Erhöhung der Reichseinnahmen von 450 Millionen Mark. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den vorhandenen Fehlbeträgen, aus den Neuanforderungen der Sozialpolitik durch Witwen- und Waisenversicherung, der Erhöhung der Beamtengehälter, den notwendigen Zuschüssen für den Reichsinvalidentfonds, den erhöhten Summen für die Schuldentilgung und für die Ablösung der gefundeten Matrikularbeiträge, den Ausfällen bei der Abfertigung der Jüder- und Beseitigung der Fahrkartensteuer. Da die in Aussicht genommenen Einnahmen aber nicht alsbald voll zur Wirksamkeit gelangen, ergibt sich, wie Herr Sydow berechnet, ein Jahresbetrag von annähernd 500 Millionen Mark.

Wie ist diese selbst nach allen „möglichen Ersparnissen“ noch nötige Riesensumme von 500 Millionen Mark pro Jahr aufzubringen. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ läßt darüber den Reichschatzsekretär sagen:

„Die Einkommensteuern sind bereits von den Einzelstaaten und Kommunen stark ausgebaut, allein in Preußen gibt es 250 Städte und Landgemeinden, die Zuschläge zur Staats-einkommensteuer von mehr als 200 Proz. (es finden sich solche bis zu 405 Proz.), darunter fast 100 mit 250 Proz. und mehr erheben. Ein Zuschlag von 200 bis 250 Proz. ergibt bereits eine Belastung des Einkommens von im ganzen 12 bis 15 Proz. Hierzu kommen dann noch die oft nicht unerheblichen Zuschläge für Kirchen-, Schulsteuern und ähnliches.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Verbrauchsbesteuerung durch das Reich. Ohne Besteuerung des Massenkonsums, die in Deutschland bis jetzt weit weniger entwickelt ist als in anderen großen Staaten, läßt sich der Fehlbetrag nicht decken. Branntwein, Bier und Tabak sind schon um deswillen besonders geeignete Steuerobjekte, weil sie reine Genussmittel sind und daher die Unterwerfung unter die Steuern seitens der Konsumenten in gewisser Weise den Charakter der Freiwilligkeit trägt. . . . Es muß nur dafür gesorgt werden, daß die Steuer auch wirklich auf die Massen übergehen kann und nicht im wesentlichen auf dem Gewerbe hängen bleibt, damit nicht blühende Industrien ruiniert werden.“ Ob noch Steuern auf andere Gegenstände des allgemeinen Gebrauches zur Ausbringung der erforderlichen Mittel herangezogen werden sollen, bleibt mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen Vorarbeiten und schwebenden Verhandlungen unerörtert. . .

Zur Schaffung eines Ausgleichs erklärt es der Minister für unbedingt geboten, die Verbrauchssteuern durch Abgaben zu ergänzen, die den Besitz treffen. Nach motivierter Ablehnung gewisser Vorschläge, wie Dividenden-, Umsatzsteuer usw., befürwortet er die Besteuerung der Erbschaft durch Einführung einer allgemeinen Nachlasssteuer, die den Nachlaß als solchen trifft. „Wenn man kleinere Vermögen unter 10- bis 20 000 M. freiläßt, die Steuerlast selbst mäßig bemißt und die Sonderbestimmungen für den Grundbesitz, die in Würdigung seiner Eigenart schon das bestehende Erbschaftsteuergesetz vorsieht, noch dahin erweitert, daß die auf den Grundbesitz fallende Steuer in Form einer Rente bezahlt werden kann, so trägt man allen berechtigten Einwänden Rechnung.“ In eingehender Auseinandersetzung mit den Gegenargumenten betont der Minister „seine feste Überzeugung“, daß eine Finanzreform lediglich auf Gebrauchsabgaben ein Ding der Unmöglichkeit ist, und daß die Hinzufügung der allgemeinen Nachlasssteuer eine conditio sine qua non für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform bildet.“ Auch ein Vorschlag, bei testamentarischen Verlassenschaften den Fiskus an Stelle entfernter Seitenverwandten zu setzen, wird abgelehnt.

Ferner sollen die Matrikularbeiträge über den gegenwärtigen Satz von 40 Pf. hinaus erhöht, der Mehrbetrag aber durch Vereinbarung von Bundesrat und Reichstag für eine Reihe von Jahren festgelegt werden.

„Auf diese Weise käme“, so meint Herr Sydow, „das Quotifizierungsrecht des Reichstages, und zwar bei einer den Besitz belastenden Auflage, zur Geltung, und die Bundesstaaten wären für eine Reihe von Jahren gegen Ueber-rassungen von Seiten des Reiches gesichert. Eine derartige Ordnung hätte noch eine sehr wichtige Folge; sie würde die Stellung des Reichschatzsekretärs bei der Aufstellung des Reichshaushaltsetats außerordentlich stärken. Solange die Verweisung von Ausgaben des Reichs auf die Matrikularbeiträge nicht begrenzt ist, fehlt dem Schatzsekretär gegenüber den Anmeldeungen der Ressorts der wirksamste, weil allein Überzeugende Einwand; non habeo pecuniam, es ist kein Geld dafür da. Sind dagegen die Matrikularbeiträge periodenweise gebunden, so sieht ihm ein Argument zur Seite, dessen zwingender Logik sich kein Ressort entziehen kann.“

Der Aufsatz schließt mit den Worten: „Die Ordnung der Reichsfinanz ist eine Lebensfrage für das Deutsche Reich und seine Gliedstaaten. Sie muß gelöst werden, und zwar jetzt, da jede Hinausschiebung die Lösung nur noch erschweren kann. Ich vertraue darauf, daß diese Erkenntnis sich im Reichstage wie im deutschen Volke in ihrem vollen Ernste durchsetzen wird. Es scheint mir kaum denkbar, daß das Gebeihen, ja der Bestand des Deutschen Reiches, das mit so viel Arbeit, so viel Idealismus, so viel Selbstlosigkeit und so viel Blut geschaffen und zusammengesellt ist, aufs Spiel gesetzt werden sollte, weil das deutsche Volk trotz seiner steigenden Wohlhabenheit nicht die zur Erhaltung des Reiches erforderlichen Mittel hätte aufbringen wollen.“

Herr Sydow bestätigt also, was wir schon mehrfach her-vorgehoben haben, daß eine Vermehrung der Reichseinnahmen um 400 Millionen Mark nur dann ausreicht, wenn beträchtliche Ersparnisse vorgenommen werden, daß aber, wenn in bisheriger Weise weiter darauf losgewirtschaftet wird und beim Meer und der Marine größere Sparfamkeit nicht für „möglich“ gehalten werden sollte, mindestens eine Steige-ung der Jahreseinnahme um

500 Millionen Mark

nötig ist. Weiter bestätigt der Sydowsche Artikel, daß die Regierung in ihrem bekannten Wohlwollen für die ärmeren Volksschichten plant, den weitaus größten Teil dieses Betrages von 500 Millionen Mark durch höhere Besteuerung von Branntwein, Bier und Tabak zu gewinnen, also die breite Volksmasse für die Leichtfertigkeit bischen zu lassen, mit der seit mehr als zwei Jahrzehnten die herrschenden Massen in billigem Patrio-

tismus eine Seeres- und Flotteförderung nach der anderen bewilligt haben.

Dagegen sollen die Taschen der Wohlhabenden, die die gegenwärtige traurige Finanzlage des Reiches verschuldet haben, möglichst geöhnt und ihnen außer der Steuer auf Champagner und seine ausländische Weine nur eine geringe Nachlasssteuer auferlegt werden; jedoch keine Reichsvermögens-, keine Reichseinkommen-, keine Dividenden-, keine Kuponssteuer. Zwar richtet zum Schluß seines Artikels Herr Sydow einen flammenden Appell an den „Idealismus“ und die „Selbstlosigkeit“; aber dieser Appell gilt nur für die ärmeren Volksschichten; die Reichen haben dadurch, daß ihre Vertreter im Reichstag für die Seeres-, Marine- und Kolonialausgaben stimmten, schon so reichlich ihren patriotischen Opfermut bewiesen, daß man ihnen nicht auch noch zumuten kann, die Kosten ihrer Bewilligungen zu tragen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. September 1908.

Die „kommandierenden Generale“.

Prinz Heinrich von Preußen hat anlässlich seiner amerikanischen Reise den Journalisten Amerikas gesagt, daß der Kaiser sie als kommandierende Generale betrachte. Wie der Prinz das gemeint hat, sei dahingestellt, jedenfalls haben es die bürgerlichen Journalisten Amerikas ernst genommen. Jetzt tragen diese „kommandierenden Generale“ aus aller Herren Länder in Berlin. Die Porten des Reichstages haben sich ihnen geöffnet, die Minister und Staatssekretäre sind aufmarschiert, an ihrer Spitze der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Schön, der die Erschienenen in der Sprache des Diplomaten begrüßte. Darauf großer Jubel!

In keinem zivilisierten Lande spielt die bürgerliche Presse eine so schätzbare Rolle wie in Deutschland, in keinem Lande, etwa von Rußland abgesehen, legt man der Presse solche Daumschrauben an als wie in unserem Junkerstaat. Die ganze jetzige Veranstaltung ist auch den preussisch-deutschen Verhältnissen trefflich angepaßt. Aushängende Emphänge, schöne Reden und Festsessen! Wer von einem solchen Kongress praktische Resultate erwartet, muß sehr optimistisch veranlagt sein. Die bürgerliche Presse aller kapitalistischen Staaten steht im Dienste bestimmter Interessengruppen und muß ängstlich darauf bedacht sein, die Interessen ihrer Auftraggeber nicht zu verletzen. Deshalb kann solchen Zusammenkünften ein eigentlicher Wert kaum beigegeben werden. Daran ändern alle schönen Reden nichts.

Fürst Eulenburg aus der Haft entlassen.

Die Entscheidung über das Schicksal des Fürsten Eulenburg ist Dienstag mittag gefallen. Der Fürst kommt nicht in das Untersuchungsgefängnis, auch nicht von Gerichts wegen in ein Privatgefängnis, wie in den letzten Tagen verlautete, sondern in Freiheit! Vielmehr, er ist schon in Freiheit. Die Beschlußkammer des Landgerichts I hat gestern mittag nach längerer Beratung entschieden, daß Fürst Eulenburg auf den Antrag seines Verteidigers, Justizrats Bronker sofort aus der Untersuchungshaft entlassen wird. Auch die Polizeibewachung kommt in Fortfall! Der Haftentlassungsantrag des Justizrats Bronker stützte sich auf das ärztliche Gutachten des Professors Kraus und des Gerichtsarztes Dr. Störmer. In dem Gutachten heißt es: „1. Der Fürst ist jetzt nicht verhandlungsfähig; 2. der Fürst ist auch in absehbarer Zeit nicht verhandlungsfähig; 3. der Gesundheitszustand des Patienten hat sich während des Aufenthaltes in der Charité entschieden verschlechtert; 4. der Fürst hat in der Charité drei notorisch ernste Krankheiten durchgemacht; 5. die längere Inhaftierung kann nicht nur lebensverlängernd wirken, sondern wird es auch; 6. diese Angaben stützen sich nicht auf subjektive Äußerungen und Empfindungen des Fürsten, sondern lediglich auf den objektiven Befund der Ärzte.“ — Der Staatsanwalt hatte beantragt, den Fürsten in das Untersuchungsgefängnis einzuliefern. . . .

Fürst Eulenburg ist nun wieder sein freier Herr, die lästigen Kriminalbeamten sind zurückgezogen worden. Wann der Fürst die Charité „aus freiem Antriebe“ verläßt, ist noch unbekannt. Lange zögern dürfte er nicht!

Wir haben diesen Ausgang der Affäre schon vor Monaten voraus-gesagt. —

Reichsverbandsmannier.

Die liberale „Kugsburger Abendzeitung“ leistet sich in ihrer Nummer vom 19. September in einer Wahlbetrachtung über die Ludwigsbader Wahl eine Verleumdung der Sozialdemokratie und deren neugewählten Abgeordneten Genossen Winder, die bald dem Schutze des Reichsverbandes einverleibt werden dürfte. In dem Artikel heißt es:

„Das Amt des ersten Adjunkten (das Winder bekleidet hat) war wohlfrüher unter der bürgerlichen Verwaltung ein Ehrenamt, seitdem jedoch die Sozialdemokratie dieses Ehrenamtes habhaft geworden ist, hat man die Stelle so gut dotiert, daß der Inhaber das Brotbrot einem anderen überlassen kann. Die wirtschaftliche Noth, welche die Sozialdemokraten auf dem Stadthause heute auszusüßen vermögen, sichert ihr in unserer Stadt eine große Menge Mit- und Nach-käufer.“

Nach bekannten Mustern beschuldigt man hier die Sozialdemokratie, daß sie ihren Einfluß auf dem Rathhause dazu benutzt hat, um einem der ihrigen eine auskömmliche Poststelle zu verschaffen. Diese Behauptung ist eine niederträchtige Lüge! In Wirklichkeit ist der Sachverhalt folgender: Bis zum Jahre 1901 wurde der Posten des ersten Adjunkten (sowie der stellvertretender Bürgermeister) ehrenamtlich versehen; durch die im Laufe der Zeit sich mehrende Arbeitsleistung des Adjunkten beschloß der damalige Stadtrat, dem acht Sozialdemokraten angehörten, bestimmte Dienststunden für dieses Amt festzulegen und in das Budget ein Bureau-averium von 2400 M. einzusetzen. Für den Antrag traten nicht allein die Sozialdemokraten, sondern auch die Liberalen und das Zentrum in ihrer Mehrheit ein. Damals versah aber nicht Genosse Winder, sondern ein Angehöriger der bürgerlichen Parteien — namens Gangler — den Posten eines Adjunkten. Erst vier Jahre später — 1905 — wurde Winder zum Adjunkten gewählt. Auch die im Jahre 1908 erfolgte Erhöhung des Bureau-averiums von 2400 auf 3200 M. geschah nicht auf Antrag eines Sozialdemokraten, sondern des der liberalen Partei angehörenden Oberbürgermeisters Kraus. —

Wohlwollende Ermahnungen

richtet die „Kölnische Zeitung“ an die englischen Arbeiter, die am Sonntag im Verein mit den Berliner Sozialdemokraten für die Sache des Friedens gewirkt haben. Das Blatt erklärt sich mit der Tendenz des englischen Arbeiterbesuches durchaus einverstanden und es heißt die Engländer, wenn ihr Besuch auch nur einem Teile des deutschen Volkes, nämlich den organisierten Arbeitern gilt, aufrichtig willkommen. Allerdings, so schließt das Blatt, hätten sich die englischen Arbeiterführer sagen müssen, daß das Bekanntwerden mit den Vertretern nur einer Parteilichung doch nur ein beschränkt richtiges Bild

gibt, und daß man über Deutschland nur dann urteilen kann, wenn man seine Untersuchungen auf breiterer Grundlage veranfaßt, als sie von der politisch voreingenommenen und mit einem großen Teil des Volkes in Unfrieden lebenden sozialdemokratischen Arbeiterorgani-sation geboten wird.“

Die Engländer werden sich gefast haben, daß es ein vergebliches Beginnen sei, bei denjenigen Parteien für die Sache des Friedens zu werben, deren Angehörige als Panzerplattenfabrikanten und sonstige Prozentpatrioten an den fortwährenden Kriegsbereitungen interessiert sind und die, wenn vor ihnen in die Kriegskampagne gestochen wird, sich verpflichtet fühlen, kräftig mitzutreten. Die breite Masse des Volkes ist der Witterungslähmtheit ebenso überdrüssig wie dem unaufrichtigen Betrüsten und sie lebt in dieser Hinsicht mit der Sozialdemokratie nicht in Unfrieden, sondern im besten Ein-vernehmen. —

Ein Staatsanwalt, der zum Volkstott auffordert.

In Gölzig sprach am Sonnabend in einer öffentlichen Ver-sammlung, zu der nur Angehörige der bürgerlichen Parteien ein-geladen waren, Reichsverbandsgeneral Liebert. In der Diskussion ergriff u. a. auch der hiesige Erste Staatsanwalt Hammann das Wort und forderte nach dem Verichte der bürgerlichen Presse zum Volkstott gegen die Inzerenten der „Gölziger Volkszeitung“, unseres Parteiorgans, auf. —

Eine Zierde des Nationalliberalismus.

Vor der Strafkammer des hannoverschen Landgerichts wurde heute gegen den Reichstagsabgeordneten Held wegen Betrugsversuches und Erpressung verhandelt. Die Anklage wurde erhoben auf Grund des Ergebnisses der Verleumdungsklage, die Held im vorigen Jahre wegen Angriffe, die im Wahlkampfe gegen ihn gerichtet wurden, angestrengt hatte. Von der Anklage, daß Held im Geschäftsverkehre mit der Firma Terlingen betrügerische Manipulationen vorgenommen hatte, erfolgte Freisprechung, weil die Sache verjährt sei. Das Gericht erklärte sich nicht in der Lage, die vom Justizrat Sello als Verteidiger im Interesse des Ange-klagten geforderte Beweisaufnahme einzutreten. Die Erpressung sollte Held dadurch begangen haben, daß er durch Drohungen gegen die Kaufleute Flemming und Kommer unrechtmäßigweise Negreth-anprüche erhoben habe. Auch in diesem Falle erfolgte Freisprechung, weil das Gericht annahm, daß der Anspruch gegen Flemming in gutem Glauben und mit voller Berechtigung erhoben wurde, und daß im Falle Kommer ein solcher Anspruch überhaupt nicht geltend gemacht worden sei.

Bürgerchaftswahl in Hamburg.

Am Dienstag fand im 62. Bezirk der allgemeinen Wählerklasse — diese Stadttheile wählt nach dem alten Wahlsystem — eine Radwahl statt für einen Wahlrechtlicher, der aus dem Landes-parlament ausscheiden mußte, weil er für das verfloffene Staatsjahr keine Steuern zu bezahlen vermochte. (Wer aus geschäftlichen oder sonstigen Gründen keine Steuern bezahlt hat, oder wer mit seinen Steuern im Rückstande ist, geht seines Wahlrechts verlustig.) Die Wahlaktion wurde recht lebhaft betrieben. In Betracht kommen in diesem Bezirk außer unserem Genossen Lüth ein An-hänger der Wahlrechtsverschlechterung und ein Gegner derselben, ein sogenannter „entschieden“ liberaler Beamter.

Hamburg, 22. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Es erhielten Koch (Lib.) 507, Lüth (Soz.) 391, Schmidt (Soz.) 270 Stimmen. In der nächsten Woche findet Stichwahl zwischen Koch und Lüth statt. Die Wählerchaft des Bezirks besteht größtentheils aus Beamten.

Berichtigung. In der Notiz vom 19. September mit der Ueber-schrift „Reichsverbandserfolge“ ist uns ein Irrtum unterlaufen. Der Bauernbündler Meise hat nicht 10 771, sondern 11 422 Stimmen er-halten. 1907 hat v. Kaufmann 14 122 Stimmen erhalten. Der Verlust beträgt also 2700, nicht 3351 Stimmen. —

Oesterreich.

Der Wahlrechtskampf in Ungarn.

Die ungarischen Arbeiter haben am Montag trotz des Polizeiverbotes ihre Demonstration für das Wahlrecht abgehalten. In 25 überfüllten Versammlungen wurde die Forderung nach dem gleichen Recht gestellt und der schärfste Protest gegen das infame Pluralitätswahlrecht er-hoben. Nach den Versammlungen veranstalteten die Arbeiter, ohne sich um die Polizei zu kümmern, einen großen Demonstrationsumzug durch die Hauptstraßen. Stürmische Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht wechselten ab mit dem Gesang der proletarischen Kampflieder. Die Polizei war gegenüber den Arbeitermassen machtlos und ließ sich schließlich ruhig gewähren. Es ereignete sich kein ernstlicher Zwischenfall. Das in den Kasernen konfinierte Militär bekam keine Arbeit. Gegen 11 Uhr nachts fand die mächtige Demonstration ihr Ende. —

Dänemark.

Alberti als Spekulant und Stellerjäger.

Kopenhagen, den 20. September. Das Verhör Albertis wurde gestern vormittag fortgesetzt. Man legte ihm Urrechnungen vor, die man in seinem Geldschrank gefunden hatte. Aus diesen Schriftstücken ging klar hervor, daß ein großer Teil seiner Schwindeleien von schlagelagerten Spekulationen in amerika-nischen Goldminenaktien herrührt. Es zeigt sich, daß Alberti auf diese Weise 6 Millionen Kronen verspekulierte. Zwischen den Schriftstücken fand man Kontobücher, die Abrechnungen und Ab-schlüsse zwischen Alberti und der „London Joint Stock Bank“ von 1891 bis September 1907 enthielten. Außerdem zeigt es sich hierbei auch, wie Alberti seine Privatpekulationen mit den Geschäften des Futtergeportvereins vermengte, daß er für beides eine gemeinsame Kasse geführt hat, und daß der Verein die Verluste tragen sollte, die er bei seinen Spekulationen erlitt. Ueber die Zeit vom September 1907 bis zu Albertis Verhaftung fehlt jede Rechnungslegung. Darüber wird aber wohl jene Bank Aufschluß geben können. Der Verbrecher selbst weigert sich und behauptet fortgesetzt, daß ihn sein Gedächtnis ganz im Stiche lasse.

Der Untersuchungsrichter ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß Alberti wichtige Dinge zu verheimlichen sucht, um die Untersuchung aus irgend einem Grunde zu verzögern. Uebrigens hat Alberti auch eine Anzahl Dokumente verbrannt; man fand Reste davon im Ofen seines Privatbureauis. Es ist klar, daß er alle Mittel anwendet, um Polizei und Richter über den Umfang seiner Schwindeleien zu täuschen. „Fleisrablatet“, ein radikal-liberales Blatt, brachte gestern die sensationelle Mitteilung, daß in diesem Sommer im Ministerium darüber verhandelt wurde, daß Alberti an die Spitze der Oberbormundschafsbeförderung gestellt werden sollte. Erst habe er bei seinem Abgang als Justiz-minister das Finanzministerium übernehmen wollen; das habe jedoch nicht den Absichten des Ministerpräsidenten Christensen ent-sprochen, und da habe man ihn als Oberbormund anstellen wollen. Die Oberbormunderei verfügt über ein Kapital von fast 240 Millionen Kronen, das aus Erbschaften unmündiger Personen besteht und das, wenn der Plan gelungen wäre, der Ver-waltung der Millionendiebes anheimgefallen wäre. Der

Lehrige Oberbismund Trolle sollte ein Amt am Schöffengericht erhalten, weigerte sich jedoch, seine alte Stellung aufzugeben, und daran feierte der schöne Plan. „Eckstrablade's“ Redaktion hat den Oberbismund Trolle selbst um Aufklärung über die Sache er sucht; der wollte sich aber am liebsten gar nicht darüber äußern und die Mitteilungen weder ablehnen noch bekräftigen. Danach scheint also die Sache auf Wahrheit zu beruhen.

Abgesehen von seinen übrigen Privatpekulationen, seinen Millionenbeträgen in der Bauernsparkasse und dem Vutterexportverein, hat Alberti bekanntlich sein Amt als Justizminister in schönster Weise mißbraucht, um Geld oder Geldwert zu erhalten. Zu diesem Zweck konfessionierte er auch eine „Landwirtschafts-Lotterie“, die zur Veranstaltung von Pferdetrennen diente. An der Rennbahn liegen große Grundstücke, die Alberti's Eigentum waren, und natürlich durch jenes Unternehmen im Werte steigen mußten. Nun stellt sich aber heraus, daß der schlaue Justizminister als Grundbesitzer vom Kriegsministerium eine Summe von rund 90 000 Kronen erhalten hat, wofür er auf die Bebauung und Parzellierung der Grundstücke verzichtete. Er erhielt also Vergütung für die Konzeption der Rennbahnlotterie. Nachdem „Socialdemokraten“ diesen Schwindel beleuchtet hat, steht sich der Ministerpräsident und Kriegsminister Christensen zu einer Erklärung genötigt und veröffentlichte die bei Abschluß jenes Handelsgeschäftes gewechselten Schriftstücke. Danach hat Christensen selbst die Anlegung der Rennbahn wie den Schluß der angrenzenden Grundstücke vor der Bebauung im Interesse der Landesverteidigung für notwendig erachtet und aus diesem Grunde dem Justizministerium, und damit also dem Grundstückspekulant Alberti, die Konzeptionierung der Lotterie empfohlen. Die Sache erscheint um so schlimmer, als Christensen sich leicht hätte überzeugen können, daß die Alberti'schen Grundstücke aus Sumpf und Moorboden bestanden, der sich überhaupt nicht zur Bebauung eignet.

Türkei.

Der Eisenbahnerstreik.

Konstantinopel, 21. September. Der Ausstand bei der Orientbahn ist beendet. Die Ausständigen nahmen den vom Polizeiminister gemachten Vorschlag, die Streitfragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten an. Ein Oberschiedsrichter wird vom Ministerium für Handel und öffentliche Arbeiten ernannt werden. Der östliche und der europäische Verkehr wurden sofort wieder aufgenommen.

Marokko.

Die deutsche Antwort.

Die deutsche Antwortnote auf die identische französisch-spanische Note in der Marokkoangelegenheit wurde heute vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Schoen, dem französischen Votschafter Cambon und dem spanischen Geschäftsträger übergeben.

Amerika.

Die politische Korruption.

Weitere Veröffentlichungen Pearst's beweisen, daß nicht nur hervorragende Mitglieder der republikanischen, sondern ebenso auch solche der demokratischen Partei in dem Solde des Petroleumtrusts stehen. Pearst nennt den führenden demokratischen Senator Valle y als Werkzeug des Trusts und behauptet, daß auch der Gouverneur Haskell, der Schatzmeister der demokratischen Partei, den Trust unrechtmäßig begünstigt habe. Die Enthüllungen erregen großes Aufsehen und werden sicher der sozialistischen Agitation förderlich sein.

Der Nürnberger Parteitag in der Parteipresse.

II.

Eine sehr unbedeutende Auslegung der Haltung des Parteitages zur Erklärung der GG und zugleich eine sehr gefährliche Deklaration dieser Erklärung selbst finden wir in den Parteiorganen von München, Nürnberg und Mannheim. Es schreiben:

„Münchener Post“:

„Aus dieser mangelhaften Erkenntnis der Lage ergab sich dann später auch unter der Führung Singers der Widerstand des Parteivorstandes gegen eine, die Autorität des Parteitages stützende Einigung mit den Süddeutschen. Das Mißlingen des vierten Berliner Wahlkreises hielt eben die Leiter der Partei gefangen und nahm ihnen den Ueberblick über das Ganze.“

So verzerrte sich die verantwortliche Parteileitung selbst dazu, von einer gebundenen Mehrheit einen formalen Beschluß durchsetzen zu lassen, der für die Minderheit weder ein heiliges Evangelium noch überhaupt bindend sein kann. Daß es so kommen mußte, war den leitenden Personen nicht nur in der Diskussion von allen Rednern der süddeutschen Mehrheit nachdrücklich erklärt worden, auch in der vertraulichen Besprechung hätte der Ernst der Lage ihnen klar werden müssen. Aber eine unbegreifliche Hartnäckigkeit legte über die Pflicht, das Ganze zu beachten. Und diese Hartnäckigkeit wich nicht einmal in dem Moment, in dem durch Zurückziehen seiner Resolution und die Empfehlung des Antrages Frohmes der Parteivorstand einen für alle Teile befriedigenden Beschluß hätte herbeiführen können.

Besser wie von der Parteileitung war von den Führern der Gewerkschaften, von der Mehrheit der anwesenden Reichstagsabgeordneten die Situation erkannt worden. Sie blieben fest, als der Antrag Frohmes gegen eine statische Minderheit niedergelassen war, und votierten gegen die formal wie inhaltlich unlogische und sachlich ungerechte Resolution der Parteileitung.

Unter denen, die also gegen die Resolution 120 stimmten, waren manche, die in Sachen der Budgetabstimmung eine andere Meinung hatten wie die süddeutsche Mehrheit. Aber sie erkannten mit der Mehrheit der süddeutschen Delegierten, daß diese Frage überhaupt in den Hintergrund getreten war und nun in Vordergrunde die Notwendigkeit stand, darüber zu entscheiden, ob eine Zufallsmajorität ein für allemal das Recht erhalten sollte, über wichtige Angelegenheiten der Landespolitik ihren Willen unter Ausschaltung der Landesorganisationen diktatorisch zum Evangelium zu erheben. Ob Berlin, Leipzig und Brandenburg über die Köpfe der Parteigenossen in den Einzelstaaten hinweg die Taktik für die einzelstaatliche Politik anbefehlen solle.

Der Vorsitzende des Parteitages und mit ihm der Parteitag selbst war sich jedenfalls völlig klar über die Sachlage (angesichts der Erklärung der GG), denn als Singer sagte: „Der Parteitag nimmt Kenntnis von dieser Erklärung, sie geht zu Protokoll.“ erhob sich nicht der geringste Widerspruch, und auch im Schlusssatz Singers spielte das heilige Evangelium keine Rolle mehr.

So steht als Ergebnis der Nürnberger Tagung fest, daß die Resolution des Parteivorstandes zwar der formale Ausdruck der Meinung einer Parteitagsmehrheit war, daß sie aber die freie Entscheidung der Landtagsfraktionen nicht beinträchtigen und die Landesorganisationen in keiner Weise binden soll.

Mit dieser Tatsache muß sich die Partei abfinden und sie wird es um so eher können, nachdem die Abstimmung gezeigt hat, daß die süddeutsche Auffassung unter den Parteigenossen in allen Teilen des Reiches verstanden und gewürdigt wird.

Diese Selbständigkeit der Landesorganisationen aber schädigt nicht etwa die Einheit der Partei, sie fügt sie vielmehr feier, indem sie an die Stelle einer einseitigen Diktatur einiger zufällig einflußreicher Parteibeiräte die demokratische Verantwortlichkeit des Parteiganges setzt.

„Fränkischer Tagespost“ (Nürnberg):

„... Das (die Erklärung der GG) bedeutet, daß die süddeutschen Fraktionen und die süddeutschen Landesorganisationen sich unbefangener der angenommenen Budgetresolution auch künftig von Fall zu Fall entscheiden müssen. Sie können von dem Recht der Budgetbewilligung, das sie sich in dieser Erklärung ohne den mindesten Widerspruch des Parteitages zu finden, ausdrücklich vorbehalten haben, in künftigen Fällen Gebrauch machen oder auch nicht. Damit hat sich Süddeutschland die Bewegungsfreiheit erkämpft, ohne die es überhaupt keine Landespolitik treiben könnte. Seine Lage ist jetzt günstiger als zuvor, da nun die unklare Ueber Resolution nicht mehr existiert, und die neue keine Bindung für sie ist. Alle Befürchtungen, daß man von dieser Bewegungsfreiheit einen für die Partei schädigenden Gebrauch machen könnte, sind schon durch den Gang des Nürnberger Parteitages selbst hinfällig geworden. Denn von keiner Seite wurde auch nur behauptet, daß die bisherige Tätigkeit der bayerischen Fraktion irgendwie gegen unsere Grundsätze verstoßen hätte; im Gegenteil, die Tätigkeit wurde lebhaft gerühmt. Wenn aber wirklich die Formalität der Budgetabstimmung ein Abrücken von unserem Kampfe wäre, so hätte doch das in der sonstigen Tätigkeit der Fraktion viel schärfer hervortreten müssen, als in jener lächerlichen Zeremonie, die so wenig Raum für revolutionäre Demonstration gibt, daß selbst mit den gründlichsten wissenschaftlichen Hilfsmitteln gelegentlich nicht einmal ermittelt werden kann, ob sie überhaupt geschehen sei.“

Die Erklärung zugunsten der Bewegungsfreiheit wurde mit verhältnismäßig Ausnahmen von allen süddeutschen Delegierten unterzeichnet. Gegen die Resolution des Vorstandes stimmte ein volles Drittel des Parteitages. Das war ein von keiner Seite erwarteter Erfolg der Süddeutschen. Man hatte ganz offenbar bei der Vorbereitung dieses Kampfes und noch während der Parteitagsverhandlungen bis zuletzt darauf gerechnet, daß nur eine verschwindende Minderheit fest bleiben würde. Nun zeigte es sich, wie gründlich man sich in Norddeutschland über die Stimmung getäuscht hatte, und die erste sehr verständige Wirkung dieser Erkenntnis bestand darin, daß man jeden Protest gegen die Erklärung der Minderheit, auch jede Interpretation unterließ.“

„Volkstimme“ (Mannheim):

„... Nach den Umständen, unter denen diese Erklärung erfolgte, konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß es sich nicht um ein bloßes „Rückzugsmandat“ oder eine bloße platonische Kundgebung, sondern um eine Kundgebung von höchster praktischer Bedeutung handle. Die Erklärung besagte nicht mehr und nichts weniger, als daß die Süddeutschen auch weiterhin der Gesamtpartei angehören wollen, es aber ablehnen, sich für ihr taktisches Verhalten in landespolitischen Einzelfragen durch einen Beschluß der Gesamtpartei bindende Vorschriften machen zu lassen. Der Parteitag konnte über diesen Sinn der Erklärung nicht im Zweifel sein. Er war es auch nicht, und wenn er zu der Erklärung der Süddeutschen schwiege, wenn er diese Erklärung einfach zu Protokoll nahm, so ohne Zweifel deshalb, weil er in dieser Feststellung der Selbständigkeit in landespolitischen Fragen keinen ausreichenden Grund sah, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu sprengen.“

Es war deshalb im höchsten Grade deplaziert, wenn der „Vorwärts“ am Freitag die Drohung aussprach, daß man die letzten Konsequenzen ziehen „müßte“, falls die Süddeutschen sich weigern sollten, den Nürnberger Mehrheitsbeschluß als Richtschnur für ihr taktisches Verhalten anzuerkennen. Es gibt hier nichts zu drohen, nachdem der Nürnberger Parteitag die unzweideutige Erklärung der Süddeutschen selbst widerspruchlos aufgenommen hatte.

Wie die Dinge sich weiter gestalten werden, bleibt abzuwarten. Ob die süddeutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in der nächsten Legislaturperiode für oder gegen das Budget stimmen werden, kann heute nicht vorausgesehen werden. Das wird von den Umständen abhängen, insbesondere von dem Maß der Zugeständnisse, die uns seitens der Regierungen und der bürgerlichen Parteien gemacht werden. Die Frage, ob Zustimmung zum Budget oder Ablehnung desselben, wird wie bisher einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden und die Zustimmung wird auch in Zukunft nur erfolgen, wenn wirklich zwingende Gründe für dieselbe vorliegen. Es wird insbesondere abzuwarten bleiben, ob bei einer eventuellen Annahme des Budgets durch eine süddeutsche Fraktion von seiten der norddeutschen Terroristen wieder um ein Parteifraktel heraufbeschworen wird, wie es der feige Getöse ist und ob dann wirklich „die letzten Konsequenzen“ gezogen werden sollen. Wie gesagt, man wird das abwarten müssen, und wir in Süddeutschland warten es ruhig ab.“

Es bedarf kaum des Nachweises, daß die Deutung, die diese drei Parteiblätter dem Schweigen des Parteitages zur Erklärung der GG geben, total falsch und unberechtigt ist. Der Parteitag hat nicht zweieinhalb Tage der Erörterung der Budgetfrage gewidmet, hat nicht in namentlicher Abstimmung einen schwerwiegenden Beschluß gefaßt, um dann hinterher in aller Gemütslichkeit schweigend anzuerkennen, daß sich niemand nach diesem Beschluß zu richten braucht!

Wenn er die Erklärung der GG ohne Gegentumgebung hinnahm, so geschah es eben, weil er gar keine Veranlassung hatte, die Sache, die eben durch einen gültigen Beschluß erledigt war, wieder aufzurollen!

Er war dazu umsoweniger genötigt, als der Wortlaut der Erklärung unentschieden läßt, ob sie eine platonische Rechtsverwahrung oder die Ankündigung sein soll, daß die Unterzeichner sich dem Parteitagsschluß nicht fügen werden. So lange die Minderheit in einer demokratischen Partei nicht unzweideutig erklärt, daß sie das Grundgesetz der Demokratie, die Unterordnung unter den Willen der Mehrheit, brechen will, so lange mußte man die Erklärung so auslegen, wie es durch den „Vorwärts“ und viele andere Parteiblätter, auch solche, die der Budgetbewilligung nicht schroff ablehnend gegenüberstehen, bisher geschehen ist. Nämlich als eine Ankündigung, daß die Unterzeichner ihre Bedenken gegen den Beschluß ausdrücklich aufrecht erhalten, daß sie die Verantwortung für die Folgen ablehnen, aber alles das unter Anerkennung der Pflicht, den Mehrheitswillen zu respektieren.

Die drei oben zitierten Parteiblätter geben der Erklärung eine andere Auslegung, deuten sie als die direkte Ankündigung, daß der Beschluß des Parteitages von den sozialdemokratischen Fraktionen der süddeutschen Landtage nicht als bindend anerkannt, daß er nicht beachtet werden wird.

Angesichts dessen wollen wir mit aller Entschiedenheit feststellen, daß die von den Parteiorganen zu München,

Nürnberg, Mannheim beliebte fiktive Deutung, der Parteitag habe durch Schweigen einer solchen Ankündigung zugestimmt, nicht zutrifft! Die Partei würde sich selbst aufgeben, wenn sie die Geltung des Majoritätsprinzips innerhalb ihrer Organisation antasten ließe.

Die die wirkliche Meinung der Parteitagsmehrheit beim Anhören der Erklärung der GG war, dafür wollen wir noch eine Stimme zitieren, die von einer Seite kommt, welche ursprünglich für den Vermittlungsvorschlag Frohmes eingetreten ist, also nicht einer besonders schroffen Auslegung verdächtig ist. Die

„Volkstimme“ (Frankfurt a. M.)

schreibt:

„... Ob die Entscheidung fiel, haben wir den Vermittlungsantrag Frohmes bekräftigt, weil er uns eine Brücke zu der so notwendigen Verständigung zu schlagen schien, ohne uns dabei zu verbieten, daß er unter Umständen nur einen faulen Frieden bringen würde; aber nun der Parteitag sein Votum für die Resolution des Vorstandes abgegeben, ist es gut, ist es besser so. Klare Lage und reine Luft ist damit geschaffen! Die Frage der Budgetbewilligung ist als eine prinzipielle, nicht als eine taktische Frage anerkannt worden und einer Budgetbewilligung aus Gründen, die einer bürgerlichen Partei entsprechen, ein Niegel vorgeschoben haben. Trotz der Erklärung „Segis“, die von Singer mit kluger Ruhe zu Protokoll genommen wurde, sind die Süddeutschen an diesen Beschluß gebunden, denn bewußt und diszipliniert gegen ihn verstoßen, heißt die äußersten Konsequenzen herausfordern, die dann allerdings ohne Sentimentalität gezogen werden müßten, nicht nur um der Autorität des Parteitages, sondern mehr noch um der tatsächlichen Einheit und Schlagfertigkeit der Partei willen, die einen Parteiflügel mit Klassenkampfcharakter in Norddeutschland und einen ohne Klassenkampfcharakter in Süddeutschland nicht vertragen kann.“

Aus der Partei.

Der 67ste.

Genosse Sadekum erklärt in der „Fränkischen Tagespost“, wenn er an der Abstimmung des Parteitages über die Budgetfrage hätte teilnehmen können, so würde er gegen die Vorstandesresolution gestimmt haben. Die Erklärung der GG süddeutschen Delegierten unterschreibe auch er.

Eine Berichtigung zum Parteitagsbericht.

In Nr. 220 des „Vorwärts“ ist im Parteitagsbericht als in die Organisationskommission gewählt fälschlich der Genosse Heinrich Hüttmann-Frankfurt a. M. angegeben. Tatsächlich ist der Genosse Wilh. Dittmann-Frankfurt a. M., Parteisekretär, in die Organisationskommission gewählt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Einen nicht alltäglichen Verlauf nahm eine Gerichtsverhandlung, die am Montag vor dem Schöffengericht Altenburg wider den verantwortlichen Redakteur unferes Altenburger Parteiorgans, die „Altenburger Volkszeitung“, angehängt war. Kläger war der Agent des Reichsverbandes zur „Bekämpfung“ der Sozialdemokratie, August Merens, ein ob seiner Klageklugheit weithin bekannt gewordener Angestellter des Liebertschen Verbandes. Er fühlte sich beleidigt durch den Abdruck zweier Notizen aus dem „Schöffischen Volksblatt“ und dem „Vorwärts“. Gleich bei Beginn der ersten Verhandlung kam es zu einem scharfen Protest des der Wertensbeileidigung beschuldigten Redakteurs Genossen Direktor wider den Vorsitzenden des Gerichts, den durch seine feindselige Haltung wider die Sozialdemokratie bekannt gewordenen Richter Dr. Schmidt. Es ist das jener Richter, der Sozialdemokraten für ungeeignet hält, als Schöffen und Geschworene zu amtierem und den ein gelindes Entsetzen befallen hat, als er hörte, daß „irgendwo sogar ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter als Geschworener berufen“ worden sei. Auf Grund dieser Schreierei im „Recht“ und verschiedener anderer Vorwissenisse hat Genosse Direktor diesen Richter wiederholt wegen Verlogsnis der Befangenheit abgelehnt, welche Ablehnung regelmäßig vom Landgericht als „unbegründet“ zurückgewiesen worden ist. Der Amtsrichter Dr. Schmidt, den unser Genosse auch wegen Verleumdung verklagt hat, bei seinem eigenen Amtsgericht verklagt hat, erklärte nämlich, er sei gegen den Redakteur Direktor nicht voreingenommen. In der ersten Sache des Merens beteiligte sich der angeklagte Genosse anfänglich an der Verhandlung, bis es zur Feststellung der Vorstandsliste kam. Genosse Direktor verwies auf die Akten, wo alles sein säuberlich aufgeschrieben stehe. Bei dieser Gelegenheit gab nun der Richter, entgegen dem Uebusal und an allen Verichten gelübten Gebrauch auch die Urteile bekannt, die im Wege der Privatklage am Amtsgericht Altenburg wegen Verleumdung wider Genosse Direktor erkannt worden sind. Verleumdungsurteile waren das aber nie Urteile, die auf Verbalen von Reichsverbändlern hin erkannt wurden. Genosse Direktor protestierte in entschlossener Weise gegen dieses Verfahren und beantragte einen Gerichtsbeschluß hierüber, der dieses Verleihen unterfrage. Er habe nicht das geringste Bedürfnis, etwas zuzugeben, das er für unberechtigt halte. Es erging Gerichtsbeschluß dahin, daß in der Verlesung der Urteile, die nicht im Strafregisterauszug stehen, fortzuführen sei. Auf diesen Beschluß hin erklärte Genosse Direktor, daß er sich nicht mehr an den Verhandlungen beteiligen werde und nicht ein Wort mehr äußere. Und dabei blieb es. Wertens und sein Vertreter redeten an ihrem Gegner vorbei. Ebenso das Gericht. Das Urteil lautete auf 100 M. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil ist sofort Berufung angemeldet worden.

Im zweiten Falle ging etwas lebhafter zu. Genosse Direktor lehnte vor Eintritt in die Hauptverhandlung den Amtsrichter Schmidt wegen Verlogsnis der Befangenheit ab. Der Fall lag sonnenklar zu Tage, nichtsdestoweniger fand eine lange Beratung des Gerichts statt, deren Ergebnis in offenbarem Widerspruch mit der Strafprozeßordnung darin bestand, daß der abgelehnte Richter die Verhandlung weiterführte. Er schloß sich dabei auf die Abweisung der früheren Ablehnungen durch das Landgericht. Im Fortgang der Verhandlungen erklärte der Angeklagte, daß er jede Angabe über seine Personallen verweigere und daß er sich nicht an den Verhandlungen beteilige. Als über einen Antrag des Klägers Beschluß gefaßt wurde, erhob Genosse Direktor scharfen Protest wider das Verfahren des Vorsitzenden und bestritt die Befähigung und Zulässigkeit des Verfahrens. Er stellte von neuem einen Ablehnungsantrag, dem natürlich wiederum nicht stattgegeben wurde. Nichtsdestoweniger wurde die Verhandlung angehängt mit der Begründung, daß Zeugen in der Sache zu vernehmen wären, weil der Angeklagte jede Aussage verweigere und — und weil er das offensichtliche Verstreben verfolge, die Hauptverhandlung zu verschleppen. Gegen das hier beliebte Verfahren des Amtsrichters wird natürlich Beschwerde eingeleitet werden und man darf neugierig sein, zu erfahren, wie das übergeordnete Gericht über die sonderbaren Maßnahmen des Schöffengerichts Altenburg entscheidet.

Aus Industrie und Handel.

Klage über Kartellpreispolitik.

Im Jahresbericht der Handelskammer zu Alenburg a. d. Lahn wird Klage geführt über die Preispolitik des Kohlenhandels und des Walzdrahtverbandes. Die Hersteller von gezogenen Drähten und Drahtstiften hätten mit ihren Verkaufspreisen den erheblichen Preissteigerungen des Walzdrahtverbandes nicht folgen können, weil die Walzwerke gleichzeitig als Konkurrenten auftraten und, mit der Höhe des Preises zufrieden, keine genügend große Spannung zwischen

den Preisen von Walzdrähten, gezogenen Drähten und Stiften mehr bestehen ließen. Die Maschinenfabrikation des Bezirks, welche schon im zweiten Halbjahr 1907 auf Lager arbeitete, um den Arbeiterbestand auf alter Höhe zu erhalten, habe durch das lange, zähe Festhalten der Syndikate an den Rohmaterialpreisen empfindliche Verluste erlitten. Die reinen Walzwerke seien durch den Wettbewerb der großen gemischten Werke in eine bebrängte Lage geraten, die Folgen treten auch für die Gießereien sehr fühlbar in Erscheinung. Größte Hochöfenwerke mit eigenen Gießereien sind vor kurzem bei den großen Staatsbahnlieferungen mit in Konkurrenz getreten und haben den reinen Gießereien Tausende von Tonnen weggenommen, da die Hochöfengießereien, weil sie eben das Roheisen selbst erzeugen, naturgemäß auch billigere Gießwarenpreise stellen können, während die reinen Gießereien zu teuren Preisen von Syndikaten kaufen müssen.

Industrielle und gewerbliche Zusammenschlüsse.

Eine internationale Vereinigung in der Ausbänderfabrikation, die Verkaufsvereinigung für Südstoffdünge, G. m. b. H. in Berlin firmiert, hat den Verkauf von Südstoff (Südstoff) für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Holland, Rußland-Polen und die russischen Ostseeprovinzen sowie für Mexiko und Südamerika übernommen. Sieben Gesellschaften sind beteiligt.

Der Verband deutscher Häuteverwertungsvereinigungen beschloß, an den Kaffeler Bedingungen festzuhalten, sie weiter auszubauen, insbesondere aber Stung auf die Zahlung von Handgeld bei den Auktionen zu halten. Käufer, welche sich am Kaffelermoder, d. h. an einem gemeinsamen Einkauf beteiligen, um nachher eine neue Versteigerung anzustellen und die Lieferkäufe zu verteilen, sollen von den Auktionen ausgeschlossen werden. Die Abhaltung von Zentralauktionen wird den einzelnen Sektoren überlassen.

Infolge der am 1. Juli laufenden Jahres erfolgten Auflösung der internationalen Vereinigung der Röhrenfabrikanten sind in Deutschland die Handelspreise für schwarze und verzinkte Gadröhren um 5 Proz. ermäßigt worden.

In Berlin hat sich vor einiger Zeit unter Führung des Holzeinfuhrhauses Hinte u. Hinemann in Bremen eine Anzahl bedeutender deutscher Holzeinfuhrhäuser vereinigt und ein Syndikat gebildet, das den Namen „Schuyverband deutscher Holzimporteure“ mit dem Sitz in Bremen führt.

In der am Dienstag in Berlin abgehaltenen Versammlung der Vereine Deutscher und Europäischer Emailierwerke, welche den gestrigen Beratungen der für die Bildung eines Syndikats in Betracht kommenden größeren Werke folgte, wurde einstimmig beschlossen, die gestern mitgeteilten gemeinsamen Preismaßnahmen zu unterstützen. Es wurde ferner in Aussicht genommen, zwischen der Mehrzahl der übrigen Werke eine dauernde Verständigung über Preise und gemeinschaftliche Verkaufsbedingungen herbeizuführen, so daß ein Zusammenwirken dieser Vereinigung mit dem geplanten Verbände Europäischer Emailierwerke stattfinden kann.

Rückgang der Roheisenerzeugung. Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats August 1908 insgesamt 935 445 Tonnen gegen 1 010 770 Tonnen im Juli 1908 und 1 117 545 Tonnen im August 1907.

Soziales.

Schlächtergesellen als Verkäufer.

Mit der Zuständigkeitsfrage der in Schlächtereibetrieben arbeitenden Angestellten haben sich sowohl die Kaufmanns- wie auch die Gewergerichte sehr häufig zu beschäftigen. Besonders in jüngster Zeit mehren sich die Fälle, daß Schlächtergesellen, die auch eine Verkaufstätigkeit im Laden ausüben, ihre Klagen beim Kaufmannsgericht geltend machen. So erhob der Schlächtergeselle Hermann J. einen Lohnanspruch gegen den Schlächtermeister W. H. Boldt vor der 1. Kammer des Kaufmannsgerichts. J. erklärte, daß er bei Boldt in der Hauptache als Verkäufer eingetreten war und auch meist Verkaufstätigkeit ausübte hatte. Das Geschäft des Beklagten ist nur geringen Umfanges, zum Wurstverkauf war eine Verkäuferin engagiert. Dagegen mußte Kläger das Fleisch meist selbst abhauen, während er angab, von der Fabrikation von Wurst usw. nichts zu verstehen. Der Vorstehende bestätigte den Vorstehern, daß im Fleischergewerbe in der Tat eine große Arbeitsleistung herrscht, was am besten daraus hervorgeht, daß beim Arbeitsnachweis an zehn verschiedene Spezialfächer verlangt werden. Trotzdem erklärte sich das Kaufmannsgericht für unzuständig und verwies den Kläger an das Gewergericht. Die überwiegende Tätigkeit des Klägers sei doch eine gewerbliche.

Anders lag die Sache in einem kürzlich von der 3. Kammer entschiedenen Falle. Hier hatte der Kläger auch die Schlächtereierklärung, hatte dann aber eine vollständige kaufmännische Ausbildung genossen. Er hatte für Beklagten einen großen Marktballenstand zu leiten. Das Kaufmannsgericht hielt sich in diesem Falle für zuständig, nicht nur weil der Kläger seiner Ausbildung nach auch Kaufmann sei, sondern weil der Beklagte offenbar beim Engagement des Klägers auf dessen kaufmännische Ausbildung besonderen Wert gelegt hatte und er ihn deshalb für besonders geeignet hielt, dem Marktballenstand vorzustehen.

Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung in der Lancashire Baumwollindustrie.

500 000 Arbeitern droht Arbeitslosigkeit!

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern in der Lancashire Baumwollindustrie sind mit der Schließung der Betriebe durch die Spinnereibesitzer, die am Montag in Kraft trat, in offene Feindseligkeit übergegangen. Damit ist in einer der wichtigsten Industrien Englands zwischen Kapital und Arbeit ein Kampf ausgebrochen, wie er verhängnisvoller gerade zu diesem Zeitpunkt kaum zu denken ist. England befindet sich gegenwärtig in einer wirtschaftlichen Krise, die sich über das gesamte vereinigte Königreich erstreckt. In allen Gewerben herrscht Mangel an Aufträgen und infolge dessen Arbeitslosigkeit; selbst die dem öffentlichen Verkehr dienenden großen Unternehmen, wie die Eisenbahn- und Telegraphengesellschaften, entlassen zahlreiche Leute, und die Telegraphengesellschaften erklären dazu, daß an Wiedereinstellung von Arbeitern auf längere Zeit hinaus nicht zu denken ist.

Dazu kommt jetzt die Aussperrung in Lancashire, die sofort 110 000 Arbeiter mit einem Gesamtlohn von 131 000 Pfund Sterling außer Beschäftigung setzt. Binnen einer Woche wird die Zahl der arbeitslos bleibenden auf 200 000 steigen, und innerhalb weiterer drei Wochen werden es, da dann die Garnvorräte erschöpft sind und auch die Webereien den Betrieb einstellen, 400 000 Mann sein mit einem Gesamtlohn von 440 000 Pfund Sterling, denen in den nächsten zwei Wochen noch 100 000 Mann sich antreiben. Die englischen Statistiker berechnen, daß in den unmittelbar und mittelbar von der Baumwoll-Industrie abhängigen und mit ihr in Verbindung stehenden Gewerben ebenfalls rund 500 000 Mann arbeitslos werden würden, so daß dann gegen 1 000 000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Familienanhang von etwa 3 Millionen Personen in Mitleidenschaft gezogen sein würden.

Was die Arbeitslosigkeit finanziell für die Spinnereibesitzer bedeutet, davon kann man sich eine Vorstellung aus der Tatsache machen, daß rund 44 Millionen Spindeln aufhören zu arbeiten. Bei

mäßiger Berechnung wird man jede Spindel mit 1 Pfund Sterling müssen, so daß, unter Mitberücksichtigung der Gebäude, Maschinen usw., ein Kapital von 50 Millionen Pfund Sterling (1 Milliarde Mark!) brach liegt.

Die Ursache dieser Krise ist die von den Spinnereibesitzern an die Arbeiter gestellte Forderung, diese sollten sich mit einer Lohnherabsetzung von 5 Proz. einverstanden erklären. Begründet wurde und wird dieses Verlangen mit der allgemeinen ungünstigen Lage der Lancashire Baumwollindustrie. Und es muß in der Tat zugegeben werden, daß diese Begründung kein leerer Vorwand ist. Die große Mehrzahl der Spinnereien arbeitet gegenwärtig mit Verlust, wie Kenner der Verhältnisse berichten, derart, daß im Durchschnitt jede Spinnerei wöchentlich 100 Pfund Sterling zusetzt. Nur liegt der größere Teil der Schuld auf Seiten der Spinnereibesitzer selber oder wenigstens einer gewissen Gruppe unter ihnen. Die Sache liegt nämlich so, daß der günstige Geschäftstag, welchen die Lancashire Baumwollindustrie in den letzten Jahren hatte, massenweise Neugründungen von Spinnereien veranlaßte, von denen der größere Teil aus spekulativen Berechnungen ins Leben gerufen wurde von Leuten, die die vorteilhafte Gesamtlage des Gewerbes in der Weise ausnützten, daß sie neue Unternehmen gründeten, deren Aktien und Anteilscheine sie mit größter Beschleunigung weitergaben. Eine Folge dieser maßlosen Gründertätigkeit war natürlich eine gewaltige Erhöhung der Erzeugung, und hier mußte früher oder später ein Rückschlag unvermeidlich kommen. Solange die günstige wirtschaftliche Lage in der ganzen Welt dauerte, konnte auch der höhere Beschäftigungsgrad aufrechterhalten werden. Als aber der wirtschaftliche Niedergang, von Amerika kommend, einsetzte, da mußte für die Lancashire Baumwollindustrie die kritische Zeit herannahen, und diese Notlage tritt jetzt in schärferer Form in Erscheinung. Die Lager für Fertigerzeugnisse sind überall überfüllt, der Absatz stockt, und es ist vorläufig gar keine Aussicht auf eine Besserung, denn die wirtschaftliche Lage im ganzen Lande steht noch völlig unter der Einwirkung der amerikanischen Depression, obgleich in den Vereinigten Staaten selber eine Wiederaufwärtsbewegung bereits zu bemerken ist.

Die Arbeiter wissen sehr wohl, auf welche Ursachen die Krise in ihrer Industrie zurückzuführen ist und haben auch erklärt, daß für sie keine Veranlassung besteht, die Folgen der Sünden spekulativer Ausschreitungen anderer zu tragen. Deshalb haben sie auch den Vorschlag der Arbeitgeber, die fünfprozentige Lohnherabsetzung solle zum 1. Januar 1909 auf jeden Fall in Kraft treten, in dieser Form abgelehnt. Sie wollen sich mit der Lohnherabsetzung nur unter der Voraussetzung einverstanden erklären, daß keine Besserung in der Konjunktur bis zu diesem Zeitpunkt zu verzeichnen ist. Diese Forderung der Arbeiter entspricht jedenfalls mehr dem Geiste des auch von den Baumwollindustriellen anerkannten Brooklands-Abkommens, welches die „gleitende Lohnskala“ entsprechend den Schwankungen der Konjunktur aufstellt, als das Verlangen der Spinnereibesitzer, die eine Lohnherabsetzung unter allen Umständen festlegen wollen, auch für den Fall, daß eine bessere Konjunktur eintrete.

Die Arbeiterverbände scheinen denn auch fest entschlossen zu sein, auf diese Vorschläge nicht einzugehen und es lieber auf die Entscheidung durch den Kampf ankommen zu lassen. Sie können das auch in der Tat mit einiger Ruhe unternehmen, denn sie verfügen über beträchtliche Mittel, eine ihrer Organisationen allein über etwa 15 Millionen Mark, so daß sie, mit den ihnen von anderen Gewerkschaften vertragmäßig zustehenden Hilfsgebern, in der Lage wären, mehrere Monate hindurch hohe Streikunterstützungen zu zahlen. Die erste Stimmung der Deffentlichkeit angesichts dieser Sachlage ist daher nicht unbegründet, und allgemein wird der dringende Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge vermittelnd eingreifen, um zu verhindern, daß in einer Zeit, die mit ihrem allgemeinen Notstand an die 1840er „Hungersjahre“ erinnert, eine erzwungene Arbeitslosigkeit in Lancashire mit ihren unübersehbaren Folgen die ohnehin schwierige Lage im ganzen Lande gefährlich verschärft. Warnend wird auf die immer bedrohlicher werdenden Kundgebungen der hungernden Arbeitslosen in allen großen Städten, wobei es in Glasgow bereits zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen ist, hingewiesen, und die allgemeine Hoffnung richtet sich jetzt auf den Handelsminister Winston Churchill und das neue Vermittlungsbüro, das erst kürzlich geschaffen hat. Die nächsten Tage müssen hier die Entscheidung bringen, wenn das Unheil, das nun im Zuge ist, abgewendet werden soll.

Berlin und Umgegend.

Zum Streit der Fensterputzer

Bei der Firma Arnheim u. Co. ist zu bemerken, daß sich derselbe zu einer Nachfrage zwischen der Organisation der Fensterputzer und der der Arbeitgeber entwickelt. Als Hebel werden seitens der letzteren in Bewegung gesetzt, um die Streikenden durch Arbeitswillige zu ersetzen. Wie üblich, findet sich auch die Polizei bereitwillig ein, um sich in den Dienst des Unternehmers zu stellen. Herr Arnheim sucht nunmehr im Arbeitsmarkt geübte Fensterputzer, denen er einen Lohn von 26 M. als Anfangslohn bietet. Bemerkenswert ist hierbei, daß Herr Arnheim seinen Arbeitern Löhne von 15, 17, 18 bis 23 M. zahlt und diese Löhne noch als zu hoch bezeichnet, während derselbe den Arbeitswilligen 26 M. bietet.

Bis heute ist es gelungen, jeden Zugang fernzuhalten. Nach wie vor erühen wie am strengste Solidarität.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin. Herr Arnheim sendet uns eine Zuschrift, in der er unter Berufung auf das — Straßengesetz auffordert, zu berichten, daß von unserer Mitteilung über Rahrgelungen in seinem Betriebe „jedes Wort unwahr“ sei. Ueber den ausgebrochenen Streit habe er erst aus unserem Blatte Kenntnis erhalten. — Bezüglich der Rahrgelungen können wir Herrn Arnheim mitteilen, daß er den Vertrauensmann der Organisation, der ein Jahr vier Monate bei ihm gearbeitet hatte, entließ und trotz verachteter Verständigung seitens der Organisationsleitung nicht wieder einstellte. Der Verband erklärte den Mann für gemahregelt. Das blieb nicht der einzige Fall. Herr Arnheim fand immer wieder die Leute heraus, die sich für den Transportarbeiterverband ins Zeug legten und entließ sie. Das nennt man eben mahregeln.

Achtung, Tapezierer! Die Firma B. Nebelsheimer, Werkstat: Klosterstr. 63, Geschäftslokal: Französische Straße 22—23, ist wegen Differenzen für Postierer, Dekorateur und Röhreninnen gesperrt. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Generalaussperrung in Tullingen.

Der Verein der Schuhfabrikanten sagte gestern Abend den Beschluß, sämtliche Fabrikarbeiter auszusperrn für den Fall, daß die Kündigung der Zwider in drei Fabriken, die am Sonnabend erfolgt ist, nicht bis zum nächsten Sonnabend 9 Uhr morgens bedingungslos wieder zurückgenommen worden ist. Von der Aussperrung würden 2000 Arbeiter betroffen werden.

Achtung! Stukkateure und Maler! Bei der Firma Richard Gerstel, Bau Königl. Residenzschloß Hofen, sind Differenzen ausgebrochen. Arbeitsangebote sind daher abzulehnen. Für die Verbandsleitung: Aug. Dielerich.

Achtung! Bedienstete! Die Firma B. Nebelsheimer, Werkstat: Klosterstr. 63, Geschäftslokal: Französische Straße 22—23, ist wegen Differenzen für Postierer, Dekorateur und Röhreninnen gesperrt. Die Verbandsleitung.

Aus der Frauenbewegung.

Die Nürnberger Tagungen.

Naturgemäß treten die Verhandlungen der Frauenkonferenz und die Beschlüsse, die der Parteitag in bezug auf die Frauenorganisation gefaßt hat, in der öffentlichen Diskussion und Ableitung zurück hinter der Parteitagsschritte über die Frage der Budgetbewilligung. Aber es wäre verfehlt, wollte man den erwähnten Verhandlungen keine große praktische Bedeutung beimessen. Im allgemeinen dürfen die Genossinnen mit den Beschlüssen des Parteitages über die Frauenorganisation zufrieden sein. Die Genossinnen haben innerhalb der Parteiorganisation die volle Gleichberechtigung. Ihre Stimmen zählen gleich denen der Männer und die Posten als Funktionäre können von ihnen unter denselben Voraussetzungen, wie sie die Männer zu erfüllen haben, besetzt werden. Selbstverständlich kann nicht alles paragrafisiert werden. Respektieren die Genossinnen bei Entscheidungen den Geist, von dem die Parteitagsschritte getragen sind, dann werden die Genossinnen keine Ursache finden, sich zu beklagen. Wo aber doch Schwierigkeiten sich ergeben, wo Engherzigkeit und Vorurteile als fördernde Faktor sich geltend machen und zur Intoleranz gegenüber den Genossinnen führen sollten, da wird in den meisten Fällen Zurückhaltung das Beste sein. Anstatt auf den Schein zu bestehen, soll man nach Möglichkeit versuchen, durch fleißige Mitarbeit die Anerkennung zu erzwingen. Nicht abgegriffene Rechte und Pflichten sollen die Träger der Zusammenarbeit sein; die Praxis und heilige Begeisterung für die Sache werden die Wege weisen für ein erprobliches, alle befriedigendes Zusammenwirken. Nach den Deklarationen zu den gefaßten Beschlüssen dürfen die Genossinnen die Gewißheit haben, daß ihnen Gelegenheit geboten wird, auch in Zukunft besondere Frauenkonferenzen abzuhalten, auf denen die nicht in den Rahmen der Parteiorganisation hineinpassenden Fragen, die die Genossinnen als Mütter und politisch nicht Gleichberechtigte speziell interessieren, erörtert werden können.

Dem Wunsche, den bestehenden Frauen- und Mädchen-Bildungsvereinen nicht das Lebenslicht auszublasen, ist Rechnung getragen worden. Aber die Jugendabteilung des Berliner Vereins wird man wohl auflösen müssen. Zwar ist das nicht direkt in dem Beschlusse über die Jugendorganisation ausgesprochen, aber es ist bedingt durch die begründeten Reden. Ganz besonders durch die Referate über Jugendberziehung und Jugendorganisation auf der Frauenkonferenz. Beide Referentinnen stellten sich auf den Standpunkt der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter, eine Auffassung und Forderung, die von keiner Seite Widerspruch fand. Die trefflichen Ausführungen der Genossinnen Jettin und Dunker haben überhaupt erneut die Frage der Jugendberziehung zu der Bedeutung einer eminent wichtigen Parteifrage erhoben. Konsequente, von Vorurteilen und falscher Pietät losgelöste Kinder- und Jugendberziehung ist die beste, die fruchtbarste Förderung des Sozialismus, der Menschheitsbefreiung von materieller und geistiger Knechtschaft.

Diese Erziehung ist aber in der Hauptache Aufgabe der Frauen der Genossinnen! Deren Pflicht ist es daher auch, sich eingehend über die Verhandlungen auf der Frauenkonferenz zu informieren. Sie müssen durch eifriges Studium in die Materie einbringen und die gewonnene Kenntnis im Geiste der auf der Frauenkonferenz erfolgten Beschlüssen bei der Kindererziehung verwerten. Geschieht das, erfassen die Genossinnen die Bedeutung der Frage, gibt die Begeisterung für die Sache des Proletariats ihrer Fähigkeit erhöhten Schwung, dann darf die Nürnberger Tagung, auch von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, als eine der bedeutungsvollsten angesehen werden.

Verfassungen — Veranstaltungen.

Dritter Wahlkreis. Donnerstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, Lesesaal im Gewerkschaftshaus, linker Seitenflügel III, Saal der Handels- und Transportarbeiter.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Nachwahl.

Braunschweig, 22. September. (W. L. B.) Bei der heutigen Reichstagswahl im 2. Braunschweigischen Wahlkreise (Wolfenbüttel-Helmstedt) wurden nach den bisher (11 Uhr 19 Min. abends) eingegangenen Meldungen abgegeben: Für Mehe (verein. nat. Parteien) 15 427 und für Rieke (Soz.) 8894 Stimmen. Mehes Wahl erscheint somit gesichert.

„Reineid“.

Frankfurt a. M., 22. September. (W. L. B.) Die hiesige Strafkammer verurteilte gestern den 16 Jahre alten Christoph Reibert aus Odardt und den im gleichen Alter stehenden Ferdinand Bengert aus Rodenthal, zwei noch vollstündig Knabenhaft aussehende Burschen, wegen Reineides zu je einem Jahre Gefängnis.

Kirchweihfreuden.

Krefeld, 22. September. (W. L. B.) In St. Lönis wurde bei der Kirchweih der Vergmann Eifen erschossen. — In Meerfeld wurde bei einer Schlägerei ein Vergmann getötet, drei andere verletzt.

Aeroplan-Auffstieg.

Paris, 22. September. (W. L. B.) Der Luftschiffer Malincol hat heute einen erfolgreichen Aufstieg mit seinem Aeroplan unternommen, indem er über Jib, Malacoff und Reudon einen Flug machte. Die Fahrt vollzog sich in einer durchschnittlichen Höhe von 50 Meter. Der Aufstieg fand 8 Uhr 44 Minuten und die Landung um 9 Uhr 39 Minuten statt. Der Luftschiffer, welcher ein einfacher Arbeiter ist, wurde lebhaft beglückwünscht.

Der Tod im Schacht.

Mons, 22. September. (W. L. B.) In der vergangenen Nacht erfolgte im Schacht Nr. 8 der Zeche in Clonges bei 575 Meter Tiefe eine Explosion schlagender Wetter, wobei drei Arbeiter verhaftet und getötet wurden. Alle drei waren verheiratet und hinterließen drei Frauen und sechs Kinder.

Uberschwemmungen in Spanien.

Madrid, 22. September. (W. L. B.) Infolge starker Regengüsse ist in der Provinz Murcia der Fluß Segura über seine Ufer getreten. Drei Männer wurden von der Strömung erfasst und sind ertrunken. Auch aus verschiedenen Ortschaften Andalusiens werden Verheerungen, verursacht durch die Überschwemmungen, gemeldet.

Die zwei „Konstitutionellen“.

Konstantinopel, 22. September. (W. L. B.) Die Zeitung „Turquie“ meldet, der Sultan werde eine Sondermission mit Gesandten an den Zarenhof entsenden.

Schadenfeuer.

Boston, 22. September. (W. L. B.) Eine Feuersbrunst zerstörte gestern einen großen Teil des Industriequartiers Chelsea. Mehrere Personen wurden schwer verletzt, drei sollen in den Flammen umgekommen sein. Der Materialschaden wird auf 2 1/2 Millionen Mark veranschlagt.

Tit Lebius ein Ehrenmann?

Diese Streitfrage beschäftigt schon seit längerer Zeit das Gericht, welches der bekannte Menegat, jetzige Führer der Gelben, Herr Rudolf Lebius als Privatkläger gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Wermuth, anerkennen hat. Das Schöffengericht hat den Genossen Wermuth wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe von hundert Mark verurteilt, weil der „Vorwärts“ am 26. Juli 1907 eine Bemerkung machte, welche dem Sinne nach besagt, Lebius habe sich durch eine unwahre Angabe über einen Vorgang in einer Metallarbeiterversammlung nicht als Ehrenmann gekennzeichnet. Das Schöffengericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es unter allen Umständen eine Verleumdung sei, wenn man jemanden die Eigenschaft des Ehrenmannes abspricht. Dem vom Beklagten Wermuth angebotenen Beweis, daß Lebius in der Tat kein Ehrenmann sei, hat das Schöffengericht abgelehnt, aber doch anerkannt, daß Lebius keine einwandfreie Persönlichkeit ist.

Die Verurteilung, welche Wermuth gegen dies Urteil einlegte, hatte zunächst den Erfolg, daß die Strafkammer den Wahrheitsbeweis über die Qualität des Klägers Lebius zuzieh. Ein Termin, der am 3. April vor der Strafkammer stattfand, wurde vertagt, um den Beweisunterlagen des Beklagten stattzugeben.

Die erneute Verhandlung fand am Dienstag statt. Zunächst wurde der Vorgang festgelegt, welcher den Anlaß zu unserer Bemerkung über Lebius gab. Dieser hatte in seiner gelben Zeitung „Der Bund“ behauptet, Genosse Cohen habe in einer Versammlung gesagt: „Kollegen, wir wollen nicht länger mit den Gelben diskutieren, packt die Bande am Genick und werft sie hinaus“.

Zwei Zeugen aus den Reihen der Gelben, die in jener Versammlung waren, behaupteten, daß sie diese Worte nicht gehört haben.

Wuschel vom Metallarbeiterverband sagte aus, daß eine derartige Bemerkung nicht gemacht wurde, und daß an dem Zeitpunkt, wo Lebius diese Worte aus Cohens Munde gehört haben will, infolge des Auftretens von Lebius ein solcher Lärm herrschte, daß überhaupt kein Wort eines Redners gehört werden konnte. Während des Lärms habe Lebius die Versammlung verlassen.

Wermuth hat Widerklage gegen Lebius erhoben. Dieselbe stützt sich auf fünf Artikel, die Lebius in seinem gelben Blatte „Der Bund“ veröffentlicht hat. In diesen Artikeln wird die Redaktion des „Vorwärts“ in der unflätigen Weise beschimpft. „Lügen des „Vorwärts“, „Kassiermenschenstandpunkt des „Vorwärts“, „Geheulei des roten Hehlblattes“, „Vorwärts-Cligue“ usw. Das sind die Ausdrücke, mit denen Lebius die „Vorwärts“-Redaktion belegt.

Den wichtigsten Punkt der Verhandlungen bildete die Frage, ob Lebius wirklich als Ehrenmann gelten kann. In dieser Hinsicht hatte Wermuths Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, schon in der vorigen Verhandlung eine Reihe von Beweisunterlagen gestellt. Infolgedessen sind mehrere anwesende Zeugen konfirmatorisch vernommen worden. Einige dieser Aussagen sind ohne Bedeutung. Wesentlich ist jedoch die Aussage des Genossen Wredenbeck in Dortmund, der Lebius von dessen früherer Tätigkeit an unserem dortigen Parteitag her kennt. Wredenbeck hat ausgesagt, es schmeide ihm so vor, als habe Lebius einmal gesagt, er, Lebius, habe gleichzeitig für Zeitungen verschiedene politischer Richtungen polemische Artikel geschrieben. Auch in der von Lebius früher herausgegebenen Zeitung „Sachsenstimme“ hat der Zeuge derartige Artikel gelesen. Als Lebius noch Medakteur der „Aelchisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ in Dortmund war, habe er für dieselbe einen Artikel geschrieben, der von dem Verhalten der Polizei gegenüber solchen Wirtin, die ihre Lokale der Sozialdemokratie zur Verfügung stellen, handelte. In diesem Artikel schreibe Lebius, er sei am besten in der Lage, zu beurteilen, daß die Polizei nicht gut informiert sei.

Denn er habe früher selber Berichte an die Polizei geliefert. Dieser Passus ist auf Veranlassung des Zeugen aus dem Artikel entfernt worden.

Rechtsanwalt Rosenfeld berief sich darauf, daß Lebius einen Artikel, betitelt „Erinnerungen eines früheren Sozialdemokraten“ geschrieben und darin ausdrücklich erwähnt habe, daß er gleichzeitig für Blätter verschiedener politischer Richtung geschrieben habe und zwar für ein zentrumsfreundliches, ein national-liberales und sozialdemokratisches Blätter.

Lebius gab diese Tatsache zu, behauptete aber, es habe sich nur um Lokalberichte ohne jede politische Färbung gehandelt.

Zum weiteren Beweise dafür, daß Lebius nicht als Ehrenmann gelten kann, berief sich Rechtsanwalt Rosenfeld auf das Zeugnis eines Schriftstellers Kahl, dieser werde behaupten, daß ihn Lebius beauftragt, eine Broschüre zu schreiben mit dem Titel „Dichtung und Verbrechen“. In der Meinung, es handele sich, wie ihm Lebius versichert, um eine literarische Studie, habe Kahl den Auftrag angenommen. Er sollte für die Arbeit ein monatliches Honorar von 100 M. erhalten. Während Kahl an der Broschüre arbeitete, sah er aus den Besichtigungen, die ihm Lebius gab, daß die Broschüre keineswegs eine literarische Studie, sondern eine gegen den Schriftsteller Karl May gerichtete Schmähchrift werden sollte, die bestimmt war, May als Schriftsteller tot zu machen. Lebius verlangte, daß die Schmähchrift noch vor dem 3. April veröffentlicht werden sollte. Das ist nämlich der Tag, an dem Karl May als Zeuge in dem Prozeß Lebius gegen Wermuth vernommen werden sollte. Es sollte also noch vor dem Prozeß gegen den Zeugen May Stimmung gemacht werden. Kahl lehnte es ab, an einem solchen Nachwerk zu arbeiten. Er forderte sein Manuskript von Lebius zurück. Dieser aber wollte es nur dann zurückgeben, wenn Kahl das bereits erhaltene Honorar von 400 Mark zurückzahle. Kahl war hierzu nicht in der Lage. Lebius veröffentlichte dann die Broschüre unter Kahls Namen, wobei er jedoch nur einen kleinen Teil des Kahl'schen Manuskripts benutzte, während der größte Teil von ihm selbst herrührte.

Das Gericht lehnte diesen Beweis antrag ab, weil es sich nur um persönliche Differenzen zwischen Kahl und Lebius handele, die übrigens erst nach Einleitung des gegenwärtigen Prozesses entstanden seien und deshalb nicht als Beweismittel für diesen Prozeß gelten könnten. Rechtsanwalt Rosenfeld erklärte hierauf, er sei nunmehr gezwungen, weitere Anträge zu stellen. Der Verteidiger machte Zeugen namhaft, welche behaupten können, daß Lebius in einem Gespräch mit Schriftstellern sagte: „Gehet und Moral sei Mümpig, Geld sei die Hauptsache; bei den Journalisten sei es Grundfaß: Wer uns am meisten zahlt, der hat uns.“

Wer solche Anschauungen als seinen Grundfaß proklamiert — sagte der Verteidiger —, der könne doch nicht als Ehrenmann angesehen werden. — Ferner bot der Verteidiger Beweis dafür an, daß Frau Lebius im Auftrage ihres Mannes die Frau des Schriftstellers Karl May erkaufte, sie möge ihren Mann dahin beeinflussen, daß er in dem gegenwärtigen Prozeß eine unwahre, dem Kläger Lebius günstige Aussage mache. — Es handelt sich nämlich um eine, wie behauptet wird, von Lebius veranlaßte Postkarte, welche sich als ein gegen May gerichteter Erpressungsversuch qualifiziert. — Ferner berief sich Rechtsanwalt Rosenfeld darauf, daß gegen Lebius ein Verfahren wegen Verleumdung, Bedrohung und Erpressung schwebt. Weiter hat der Verteidiger Beweis dafür an, daß Lebius sich mit einem Redakteur Paul Schmidt von der „Dresdener Volkszeitung“ in Verbindung gesetzt und diesen ersucht habe, ihm Internen in bezug auf andere Redakteure der „Dresdener Volkszeitung“ mitzuteilen. — Das sei eine Verleitung zum Trenbruch.

Die sich ein Ehrenmann nicht zuschulden kommen lasse. Lebius bemerkte hierzu, das Verfahren gegen ihn wegen Verleumdung, Bedrohung und Erpressung stütze sich auf eine Anzeige, die Karl May gegen ihn erstattete. Er sei bereits vor der Staatsanwaltschaft deswegen vernommen worden. — Ueber die Wäre mit Paul Schmidt gab Lebius folgende Darstellung: Er führe eine Klage gegen die Redaktion der „Dresdener Volkszeitung“. Um sich Material für diesen Prozeß zu verschaffen, habe er sich an Paul Schmidt gewandt, der ihm als Polizeispitzel bekannt sei. Schmidt sei nicht Redakteur, aber Mitarbeiter der „Dresdener Volkszeitung“, deren Redaktion auch wisse, daß Schmidt Polizeispitzel ist. Trozdem dulde man ihn bei der „Dresdener Volkszeitung“, wo er aus und eingehe, denn man sei in der Redaktion der Meinung,

heerend hinführen, ein Gefühl lähmenden Entsetzens über die Welt. Die pessimistische Stimmung, die damals in der Welt, Schmerzgedräng und in Schopenhauers Philosophie ihren Ausdruck fand, erhielt durch diese Beihil der Menschheit neue Nahrung und einen düster tragischen Hintergrund. Eine wahnsinnige Furcht ergrieff auch die klaren Geister, und gerade dieser Schrecken schien sie um so fester der furchtbaren Krankheit auszuliefern. So ist der „angekränkte König der Geister“, der Philosoph Hegel, der Cholera zum Opfer gefallen. Welch ungeheuerer Erregung sich der Massen bemächtigte, davon erzählt Madame de Noigne in ihren Erinnerungen. Das Pariser Volk glaubte sich durch diese neue Seuche vergiftet und tötete vier Unschuldige, die es für Giftmischer hielt. In einer einzigen Nacht verloren in nur einer Straße von Paris 32 Kinder Vater und Mutter. In einem Tag starben in Paris 1700 Menschen. Sue hat in einigen seiner Romane das grauenvolle Schauspiel einer Choleraepidemie mit allem Realismus geschildert. Aber in dieser Not regten sich auch die heroischen und die tatkräftigen Elemente des Menschengeistes: ein gewaltiger Kampf ist von der Wissenschaft und der Hygiene gegen diesen asiatischen Eindringling geführt worden und großartige Erfolge haben dieses Ringen mit der Krankheit gekrönt, der zuerst die Menschen hilflos ausgeliefert schienen. Ein gewaltiges künstlerisches Symbol der Cholera und der aufgeregten Volksstimmung in den 30er und 40er Jahren hat Alfred Meißel geschaffen, da er den Tod auf einem Maskenfest darstellte, wie er den durch die Krankheit karr Dingeretreden wildgrausend mit seiner Knochenvaline zum Tanz ausspielt und hoch auferichtet, die Geißel in der Faust, karr gerade ausblühend, als schreckliche Mumie, der entsetzliche Festgast auf den Marmorstufen des Saales liegt. Auch Gebells Gedanken und Phantasien haben sich, wie seine Tagebücher ausweisen, des öfteren mit der Cholera beschäftigt. Die Hamburger Choleraepidemie von 1892 fand eine erhabener dichterische Gestaltung in Riccardo Huchs Roman „Erinnerungen von Ludolf Urslein“.

Musik.

Das der „berühmte Geigenvirtuose“ Pablo de Sarasate am Montag gestorben ist, wird vor allem in rein menschlicher Weise traurig stimmen. Seit nahezu einem halben Jahrhundert war er „der bewunderte Liebling“ der Konzertgänger; und noch im vorigen Winter freute sich der am Technischen interessierte Musikhörer des staltlichen Raubers am dem Konzertpodium, der schier unerschöpflich ansah. Am tiefsten wohl wird der Verlust seine spanische Vaterstadt Pamplona treffen. Er war dort am 10. März 1844 geboren und hat der Heimatstadt zugute kommen lassen, was er nur immer von seiner Persönlichkeit und von den höchsten seiner spitzigen Konzertreisen dorthin abgeben konnte. Ein eigenes Sarasate-Museum wurde der Träger seiner persönlichen Erinnerungen.

Ein Ausdruck wie der vom „berühmten Geigenvirtuosen“ sagt bereits, wo seine Stärke lag. Wie zwei Menschenalter vorher

die Polizei könne durch Schmidt, da man ihn kenne, doch nichts von Bedeutung erfahren. Lebius behauptete ferner, Schmidt habe ihm bereits Mitteilungen der gewöhnlichen Art gemacht und dafür von ihm 10 M. erhalten, die er mit Dank angenommen habe.

Hierauf trat in der Verhandlung eine mehrstündige Pause ein, die demütigt werden sollte zur Herbeischaffung der auf das genannte Verfahren gegen Lebius bezüglichen Akten.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung stellte sich heraus, daß die Akten zurzeit nicht zu haben sind, da sie sich zum Zweck der Vernehmung des Lebius in Charlottenburg befinden.

Rechtsanwalt Rosenfeld teilte mit, er habe während der Pause telefonisch bei der Redaktion der „Dresdener Volkszeitung“ angefragt und den Bescheid erhalten, daß Paul Schmidt Mitarbeiter des Blattes, aber kein Polizeispitzel sei, daß Schmidt allerdings 10 M. von Lebius erhalten habe, jedoch nicht als Entgelt für interne Mitteilungen, sondern um

alte Schulden des Lebius zu begleichen. Zu diesem Zwecke habe Schmidt die 10 M. dem Geschäftsführer der „Dresdener Volkszeitung“ überreicht.

Lebius bleibt demgegenüber dabei, daß er die 10 M. für erhaltene Mitteilungen an Schmidt gezahlt habe. Lebius bleibt auch dabei, daß Schmidt ein Polizeispitzel sei und sucht diese Behauptung durch folgende Angaben zu bekräftigen: Schmidt habe für den „Sachsenpiegel“ einen Notiz gegen einen Polizeibeamten geschrieben. Mit Bezug darauf habe Lebius zu Schmidt gesagt: Sie kommen Sie dazu, so etwas gegen ihren Vorgesetzten zu schreiben. Dann habe er, Lebius, der Polizei von dieser Notiz Schmidts Mitteilung gemacht.

Rechtsanwalt Rosenfeld beantragte nun, daß auch Paul Schmidt als Zeuge vernommen werde, denn wenn festgestellt werde, daß Lebius soeben an dieser Stelle falsche Angaben gemacht habe über den Zweck der an Schmidt gezahlten 10 M., dann würde das allein ausreichen, um ihn nicht als Ehrenmann erscheinen zu lassen.

Lebius sagte, es sei ihm durchaus erwünscht, wenn über alle von der Gegenseite aufgestellten Behauptungen eingehend Beweis erhoben werde.

Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen und die von der Verteidigung des Beklagten vorge schlagenen Zeugen zu laden. Zum nächsten Termin sollen als Zeugen geladen werden: Paul Schmidt, Frau Lebius, auch der heute nicht vernommene Zeuge Kahl soll gehört werden. Ferner Reichstagsabgeordneter Sadeum und Genosse Sindermann, die Auskunft geben sollen bezüglich der Behauptung, daß Lebius gefälschte Briefe veröffentlicht habe, die er als von der Gräfin Montignolo herrührend ausgab.

Auch uns kann es sehr erwünscht sein, daß über alle diese Dinge Klarheit geschaffen und zu diesem Zwecke recht gründlich in die Vergangenheit des Herrn Lebius hineingeleuchtet wird.

Gerichts-Zeitung.

Folgen des Alkohols.

Wegen Gotteslästerung mußte sich vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II der Saitlergehilfe H. aus Zeltow verantworten. Die der Anklage wegen Vergehens gegen den § 166 St.-G.-B. zugrunde liegende Straftat liegt schon über zwei Jahre zurück. Am Pfingstsonntag, den 3. Juni 1906, hatte der Angeklagte schon vom frühen Morgen an stark gezecht, so daß er sich schon gegen 10 Uhr vormittags in ziemlich stark angetrunkenem Zustande befand. In dieser Stimmung betrat der Angeklagte die Stadtkirche in Zeltow, in welcher der Pfingstgottesdienst abgehalten wurde. Anfanglich verhielt sich H. auch ruhig. Ritten in der Predigt begann er jedoch plötzlich zu stambalieren und laut zu sprechen. Alle Bemühungen, den Angeklagten zu beruhigen, blieben fruchtlos. Er rief dem Prediger verschiedene Worte zu, die als ein Vergehen gegen den § 166 angesehen werden mußten. Als sich eine alte Frau, die neben dem Angeklagten saß, über dieses stambalöse Benehmen des H. beärgerte, erhielt sie von diesem einen Stoß, jedoch sie in der Absicht zurückzusinken. H. mußte schließlich gewaltsam aus der Kirche gedrückt werden. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß es ihm selbst unverständlich sei, wie er sich zu einer derartigen Handlungsweise habe hinreißen lassen können. Die Strafkammer erkannte, da es sich um einen ganz erheblichen Exzeß handele, trotz der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von drei Wochen.

N. Paganini, so war jetzt Sarasate unbestritten der größte Köhmer in Geigenpiel. Solche Töne hörte man kaum jemals wieder; ihre Ueberwindung all dessen, was an die Mechanik ihres Ursprungs mahnt, ihre Reinheit und „Schönheit“, die vollendete Herrschaft über ihre verwickeltesten Kombinationen; all das war überreich vorhanden. Diese Kräfte für die Damen! Und wie gleich ein Ton dem anderen!

Dies ist also die Grundlage, auf der sich von eine Künstlerkraft der Kontext aufbauen kann — wie auf der malerischen Virtuosität eine Künstlerkraft des Bildes. Nur war damit Sarasate auch zu Ende. Auf der Virtuosität seiner exakt gleichartigen Töne baute sich nichts von dem Künstler auf, das ihr als einem Mittel zum Zweck erst den wahren Wert gibt. Schon allein die kunststücker-Programme seiner Konzerte zeigten es. Und Berlin besaß gerade den Gegenpol dazu. Paganinis vielgirtetes Wort: „Gegen den Sarasate ist der Wilhelm ein Joachim“, steht am schärfsten zusammen, was Sarasates Bedeutung den Kunstfreund lehrt.

Notizen.

— Bühnenschronik. Emmy Destinn von der königlichen Oper hat sich bei einem Gastspiel in Prag eine leichte Gehirnerkrankung zugezogen; sie kann deshalb vorerst nicht auftreten.

— Kunstchronik. Im Berliner Papierhause, Dessauer Straße 2, bietet der Berliner Künstler und handwerkliche Fachlehrer Eduard Piesen eine Ausstellung seiner Arbeiten. Sie umfaßt Naturstudien und Originalzeichnungen. Die Ausstellung ist täglich von 11 bis 2 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen. — Eine Ausstellung belgischer Kunst wird am 1. Oktober im Sezessionsgebäude eröffnet werden. Sie wird viele bisher in Berlin nicht gesehene Werke enthalten. So wird man von Konstantin Meunier noch einige bisher außerhalb Belgiens nicht ausgestellte Arbeiten sehen, wie das Originalmodell des „Salagwetters“ (aus dem Löwenen Museum) und einige große Delgemälde aus Brüsseler Privatansammlungen. Die Kunst des jüngst verstorbenen Jef Lambeaux wird durch eine Bronzegruppe „Der Auf“ (aus dem Antwerpen Museum) sowie durch ein Fragment des Kolossalreliefs der „Menschlichen Leidenschaften“ vertreten sein. Ferner werden aus Privatansammlungen ausgestellt: u. a. Werke von Joseph und Alfred Stevens sowie eine Sonderserie von über 20 Radierungen, Zeichnungen usw. von Felicien Rops.

— Wissenschaftliche Kongresse. Vom 5. bis 11. Oktober wird der Dritte internationale Kongreß für die Pflege Geisteskranker in Wien abgehalten werden. — Der Dritte internationale Kongreß für Schulgesundheitspflege wird vom 20. März bis 2. April 1910 in Paris abgehalten werden. In Verbindung damit soll eine große Ausstellung aller Gegenstände veranstaltet werden, die zu der Schulgesundheitspflege in Beziehung stehen.

Kleines Feuilleton.

Jedermann — ein Scharfrichter. Daß die Todesstrafe aus humanitären, wissenschaftlichen und Nützlichkeitsgründen nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, darüber sind Wissenschaft und Volksempfinden sich längst einig. Wenn trotzdem noch Gründe für das Weiterbestehen der Todesstrafe vorgebracht werden, so beweisen sie durch ihre Absurdität, daß diese große Barbarei auf keine Weise mehr zu rechtfertigen ist. Das Letzte für und darum Verweirlichste gegen die Hinrichtung hat ein Gerichtsarzt und Geh. Medizinalrat aus Gletwiv namens Dr. Kornfeld jetzt erst wieder beigeleuert. In der „Zeitschrift für Medizinbeamte“ tritt er für eine Abänderung der gerichtlichen Tötung in dem Sinne ein, daß die Exekution eine jeweils verschiedene, dem Verbrechen angemessene sein müsse. Sie soll öffentlich und zwar nicht durch den Henker, sondern unter möglicher Mitwirkung der Kläger durch Beauftragte vollzogen werden, die an der Achtung teil haben, welche jedes Mitglied des die schwerste Strafe verhängenden Gerichtshofes zu beanspruchen hat. Dr. Kornfeld teilt eine Reihe von Vordrucken mit, die ihm zu beweisen scheinen, daß eine Modifikation der Todesstrafe am Platze sei. Es soll also offenbar das Verhängnis rehabilitiert werden, indem jeder Bürger unter Umständen das Recht und die Pflicht erhält, in aller Form Mechtens und unter Aufsicht der Strafgewalten selbst Auge um Auge, Zahn um Zahn und Kopf um Kopf zu fordern und je nachdem zu rächen, heilen und zu löwen. Alles nach juristischen Prinzipien und läßt sich individualisieren. Diesen famosen Reorganisationsvorzwecklichen Taktion und Mehter des Bürgerrechtes sollten alle Gegner der Todesstrafe aufrichtig Dank wissen. Denn er hat mit seinem verzweifelten Versuch gezeigt, daß vernünftige Gründe für die Todesstrafe nicht mehr beizubringen sind.

Aus der Geschichte der Cholera. Das schreckliche Gespenst der Cholera, das jetzt wieder seinen unheimlichen Schatten in Europa aufstehen läßt, war bis zum Jahre 1817 bei uns ganz unbekannt. Es trat auf als die eigentliche Pest des 19. Jahrhunderts, die Gemüter in denselben namenlosen Schreden erfüllte, wie im Mittelalter der „schwarze Tod“. In Indien hat die Cholera schon Jahrhunderte früher gewütet. Ein portugiesischer Arzt des 16. Jahrhunderts, Corcica da Porto, beschreibt ausführlich eine von ihm „Mordeh“ genannte Krankheit, deren Symptome und deren Verlauf die gleichen Merkmale aufweisen, wie noch heute die indische Cholera. Aus dem 17. Jahrhundert sind uns dann eine Anzahl Berichte überliefert, die von Epidemien choleraähnlicher Krankheiten zu melden wissen, so 1664 ein Bericht des Arztes Medeiros aus Aimes und 1672 die Schilderungen von Schdenham und Lotti aus London. Doch lassen sich diese Seuchen nicht mit Sicherheit mit der Cholera identifizieren. Jedenfalls breiteten die ersten europäischen Seuchenzüge der Cholera, die von 1817 bis 1823 und dann von 1825 bis 1833 auch über Europa ver-

Verfammlungen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen hatte am Freitag eine Versammlung der Kassenvorstände und Verwaltungsbeamten einberufen. D. Schulze erstattete Bericht vom Verbandstage der Ortskrankenkassen. In Anknüpfung daran beauftragte die Versammlung die Zentralkommission, bei der geschäftsführenden Ortskrankenkasse dahin zu wirken, daß bei künftigen Verbandstagen die Leitfäden der zu haltenden Referate wenigstens 8 Tage vor dem Verbandstage den angemeldeten Vertretern zugefleißt werden. Daraus teilte Simanowski mit, daß über die Beschaffenheit der Ritz, welche den Kassennützliedern von den Milchhändlern auf Kosten der Kassen geliefert wird, häufig geklagt wird. Er ersuchte die Kassenvorstände, Beschwerden, welche über mangelhafte Beschaffenheit und minderes Maß der Ritz bei ihnen einkaufend, der Zentralkommission zu übermitteln, damit sie das weitere veranlassen könne. Nun erstattete Albert Kohn Bericht über den Kongreß des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke. Besonders gedachte er eines Vortrages von Prof. Gruber und empfahl den Krankenkassen angelegentlich die Verbreitung des nächstens im Druck erscheinenden Vortrages. Im letzten Punkt der Tagesordnung teilte Simanowski mit, daß sich die Zentralkommission mit dem Magistrat von Schöneberg in Verbindung gesetzt hat wegen Benutzung des von demselben eingerichteten, am 1. Oktober in Betrieb zu gehenden Krankentransportwesens. Der Versammlung lag eine Gebührenordnung des Schöneberger Krankentransports vor, die der Redner als günstig bezeichnete. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß auf Grund dieser Gebührenordnung ein Vertrag abgeschlossen werde.

Der Freizeugehilfsverband (Zweigverein Berlin und Vorort) hatte zur Hebung des Besuchsbesuches eine Kontrolle ein-

geführt, die sich jedoch als zwecklos erwies. Statt dessen wurde beschloffen, zur Belebung der Versammlungen durch gute Referate beizutragen. Die Versammlung am 17. September hörte einen Vortrag des Genossen Dr. Stulz über „Erkrankungen des Nervensystems“. In überaus anschaulicher Weise behandelte der Redner sein Thema und erntete den einstimmigen Beifall der Versammlung, zumal er einen zweiten Vortrag über diesen Gegenstand in Aussicht stellte. Nach Beantwortung der gestellten Anfragen wurde auf die nächsten 6 Wochen gerichtete Anträge aufmerklich gemacht, denen kein wahlberechtigter Kollege fernbleiben darf. Mit einem Hinweis auf das demnächst stattfindende 18. Stiftungsfest schloß die Versammlung.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 9. um 20. 9. (am 1)	am 21. 9. um 20. 9. (am 1)	Wasserstand	am 21. 9. um 20. 9. (am 1)	am 21. 9. um 20. 9. (am 1)
Memel, Mühl	200	-1	Saale, Großh.	94	+3
Bregel, Jüterburg	-4	-3	Havel, Spandau)	42	0
Wegelin, Tarnow	162	+38	Havel, Rathenow)	29	+1
Ober, Ratibor	144	-9	Spre, Spremberg)	68	+2
Krossen	163	-4	Westm	68	+2
Frankfurt	159	+21	Weser, Münden	-2	-7
Sartze, Schrumm	75	+3	Weser, Münden	-17	-3
Landberg	94	-2	Rhein, Rheinfelden	506	-9
Rege, Jordanm	1	0	Rhein, Köln	259	-9
Elbe, Reitmerig	-28	+10	Rhein, Bonn	293	-8
Dresden	-147	+1	Redar, Weidm	60	+3
Bach	98	+5	Rain, Weidm	155	-5
Magdeburg	102	+4	Roßel, Trier	45	-3

+) + bedeutet Zufluß. — Fall. — *) Unterbezug.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in der Kirche Nr. 3, zweiter Hof, dreier Eingänge, vier Treppen, 2. Fahrstuhl, 1. Stockwerk, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonntags abends von 7 bis 9 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erzeit. Bei zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen erge man in der Sprechstunde vor.

H. G. 80. Verjährung kann, ohne daß Sie es wissen, unterbrochen sein. — Wernecker 88. Schenkwirtschaftliche Kündigung gilt. Die erwählte Konturverwaltung gilt. — Gellmuth 15. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Rabbe. Antrag wäre ausständig. — H. G. 1. Sie müssen vorläufig zahlen und wegen der Antwort auf die Kommission monieren. — Krüger. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Ober-Schönweide 20. Abzug unangebracht. — G. S. 119. Sie finden das Gesuch in Stadthaus „Koblenz“. — H. S. 119. Nicht verfehlt. — G. S. 76. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Wieland. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. S. 13. Ja.

Witterungsüberblick vom 22. September 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-stand mm	Wind-richtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometere-stand mm	Wind-richtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in °C
Stettin	770	SE	19	Wolke	10	Darmstadt	760	W	2	Wolke	7
Darmstadt	768	SE	9	4 bedekt	9	Erfurt	771	SE	2	Wolke	11
Berlin	769	SE	3	bedekt	9	Stettin	765	SE	7	Regen	12
Königsbrunn	765	W	1	bedekt	7	Merden	765	SE	2	bedekt	12
München	765	SE	1	bedekt	7	Paris	764	SE	1	Wolke	9
Wien	766	SE	1	bedekt	10						

Wetterprognose für Mittwoch, den 23. September 1908. Trocken und zunächst meist heiter, etwas wärmer bei mäßigen nördlichen Winden; später zunehmende Bewölkung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 23. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Cardanopal. (Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Minna von Barnhelm.
Deutsches Theater. Kammerspiele. Dystrata. Anfang 8 Uhr.
Leffing. Der Kauf der Sabinerinnen.
Berliner Oper. Werckel.
Neues Theater. In der Höhe der Gesellschaft. Neues Schauspielhaus. Der Kolonialskandal.
Alteins. 2x2=5.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Residenz. Das Glück der andern.
Hebbel. Der Liebhaber.
Wetzer. Ein Walztraum.
Schiller. O. (Wagner-Theater.) Julius Cäsar.
Schiller. Charlottenburg. Ein Teufelskerl.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Grohmann.
Thalia. Das Witternachtsmärchen.
Kunstspielhaus. Die blaue Maus.
Arion. Fräulein Josette — meine Frau.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Vorlesung. Jaza.
Luisenpark. Blachmann als Erzieher.
Bernhard Note. Der Theaterkauf.
Apollo. Trilby und Svengali. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Gebäude Herrfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachleben.
Wohlfahrt. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kasino. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die Brautjungfer. Die lästige Witwe.
Carl Overland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Feine Sache!
Wohlfahrt. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wahalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Sternwarte. Invalidenstr. 67/62.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

Berliner Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Traum ein Leben.

Lortzing-Theater.

Belle-Alliancestraße 7/8.
Deute 8 Uhr:
Bastspiel Hedwig Lange.
Zaza.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Glück der andern.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

DERNHARD ROSE THEATER.

Dr. Frankfurter Str. 182.
Der Theaterkauf.
Berlin. Volksstück in vier Akten von Oscar Wagner.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Donnerstag: Rabale und Liebe.
Freitag: Der Theaterkauf.

Apollo Theater.

Ab 8 Uhr:
Das bedeutende Attraktions-Programm. 8 1/2.
Trilby und Svengali?
Kunst und Nektar.
9 1/2: **Vera Violetta.**

Paul Spadoni.

der König der Kraftjongleure.
WINTERGARTEN

Eröffnungs-Programm.

Von
Publikum u. Presse
glänzend beurteilt.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Ott, Drummstr. 10.
Kommas.

oder: Der Fluch des alten Weigers.
Original-Charaktergemälde v. Galtier.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Donnerstag: Die Räuber.
Sonntag: Kommas zum erstenmal: Die alte Geschichte.

Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: **Julius Cäsar.**
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.
Freitag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.

Berliner Eis-Palast.

Lutherstr. 23/24. Permanente Eisbahn.
(Täglich bis 1. Mai 1909) von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich von 12 Uhr ab Großes Konzert. Abends 8 u. 10 Uhr: Reigen, Quadrillen, Kunstlauf, v. erst. Kunstläufern u. Künstlerinnen.

Brauerei Friedrichshain.

früher Lipps, am Königstor.
Oekonom: Ernst Liebig.
Heute:

Bayerisches Keller-Fest.

Fronten-Feuerwerk.
Anfang 6 Uhr. Entree 25 Pf.

Metropol-Theater.

Zum 23. Male:
Donnerwetter
tadellos!

Große Jahresrevue in einem Vorspiel u. 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Richard Schultz. Die Tänze einstudiert v. Ballettmeister Louis Gundlach.

Massary - Perry
Holden - Bender
Giampietro - Kettner
Pfann - Thielscher

Anf. 8 Uhr. — Rauchen gestattet.
Sonntag, 27. September, präz. 8 Uhr nachm.
zu Gunsten der beim Brande von **Donaueschingen** geschädigten Einwohner. In der Originalbesetzung:
Donnerwetter - tadellos!

Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree.
Der Riese
aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Rixdorfer Theater.

Bergstraße 147.
Mittwoch, den 23. September 1908:
Der Dieb.

Ein Stück in 3 Akten v. O. Bernfeld.
Anfang 8 Uhr.

Hagenbeck-Schau.

Die größte Sensation und größte Anziehungskraft von Berlin bildet noch immer die **Wiederauftreten** des Direktors **Willi Hagenbeck**, welcher von einem Elbkrick sehr schwer verletzt wurde.

? Java ? und die übrigen Schläger des Programms. Tägl. abends 8 Uhr: **Gr. Vorstellung.** Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend: **2 gr. Vorstellungen,** nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr. Jeden Sonntag nachm. 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr: **Beachtung u. Fütterung d. Raubtiere.** Jeden Sonntag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags: **Hochinteressante Raubtier- Dressur - Proben.** Beachtung und Fütterung der Raubtiere gegen ein Entree von **50 Pf.** für Erwachsene und **25 Pf.** für Kinder.

XIV. Saison! Zirkus Busch.

Mittwoch, den 23. September, abends präzise 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung!
Mr. Houdini

mit seinem (gel. gesch.) Kammertrid. **Gebr. Saxon!** Mlle. Mariska Roray. Aerial Smith, Mathilde Renz, Schalkreiterin. Ernst Schumann, Reudressuren. Um 10 Uhr ca.:

Barbarossa!!

Gr. Original-Kunststaltung v. Gen. des Julius Busch in 6 Bildern. Vorher: Das gr. Programm.

Wahalla-Variete Theater.

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Var.
Anfang 8 Uhr.
Das neue große September-Programm. — 12 glänzende Spezialitäten.

Parodie-Theater.

Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria - Rustikana und die urkomische Burleske „**Berlin steht Kopf**“.
Anfang Sonntag, Montag, 8 1/2 Uhr.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Na endlich!

Pariser Extravaganz mit **Paulette van Roy** und das kolossale **Eröffnungsprogramm** 14 erstklassige Spezialitäten.

Sanssouci.

Kollbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Montag, Donnerstag und Sonntag:
Hoffmanns Nord. Sänge und Langröhren-Ensemble. Ensemblekonzerte. Aktuelle Vorträge in Wort und Bild u. m.
Beg. Sonntag, Montag, 8 1/2 Uhr.
Der große Theaterkauf ist noch für einige Mittwoche zu veranlassen.

Reichshallen-Theater.

Täglich: **Stettiner Sänge**
Meyzel, Brittan, Seldel, Horst, Schröder, Ebersberger, Bühlig, Otto Schröder u. R. Schröder. Um wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: **Wittler-Konzert.**

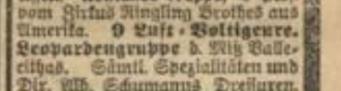
Ohne Anzahlung! Portieren, Stares, Gardinen, Stoppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und kleine Käten!

L. Matzner, Auguststr. 50.
Rur Postkarte erbiten.

Zirkus Schumann.

Deute Mittwoch, 23. September, abends präzise 7 1/2 Uhr:
Die noch nie dagewesene! **16 Nummern in 16 U. a.:**

36 Marokkaner.
Nackte Schönheiten.
Das brennende Känguruh.
Clown Armando mit einem dreif. Affen. Rowlands-Truppe, 6 Bel. vom Atlas Ringling Brothers aus Amerika. 9 Luft - Voltigeure. Reopardengruppe d. Nij. Ballecithas. Säml. Spezialitäten und Dir. W. Schumanns Dressuren.



Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Feine Sache! Ausgezeichnet!
Große Ausstattungsbeperteile.
Reut. **La belle Rose**, Prima-Ballerina. Reut. **Georg Thierry** gen. Silvester-Schäffer II.
10 Spezialitäten 10.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.

Folies-Caprice.

Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautjungfer. — Bunter Teil. Vorverkauf von 11-2 Uhr a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

Niederlage von Medizinal-Ungar-Weinen.

empfiehlt zu Original-Preisen **Paul Zoremba**
Zigarrogenschäft
Rixdorf bei Berlin, Kranoldstr. 11.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint.

BERLIN O.
Joachimstraße 11 C.
Hilft Reparaturen. auf Wunsch zugleich mit vorzgl. Lautverbesserung.
Spezialität: Erzeugung des ast. italienischen Timbres für große Säte an alten u. neuen Geigen u. Mässiges Honorar.

Wer-Stoff-hat?

feinste Gerberauszüge 20 M. feinste Zylinder, zwei Knopfen, für guten Sitz beim gold. Beduile. **Ludwig Engel, Preussener Str. 23 1/2** (Alexanderplatz). Begründet 1892. — Bitte um Anzeigen (postfrei). Gelegenheitsverkauf von 5 M. pro Meter an, reine Wolle, neuere Muster. Spezial: Winterpaletot Napoleon nach Maß 36 M. Ein Rezipes führt zu dauerhafter Handhaft. Ohne Konkurrenz. 150/5

Wer-Stoff-hat?

feinste Gerberauszüge 20 M. feinste Zylinder, zwei Knopfen, für guten Sitz beim gold. Beduile. **Ludwig Engel, Preussener Str. 23 1/2** (Alexanderplatz). Begründet 1892. — Bitte um Anzeigen (postfrei). Gelegenheitsverkauf von 5 M. pro Meter an, reine Wolle, neuere Muster. Spezial: Winterpaletot Napoleon nach Maß 36 M. Ein Rezipes führt zu dauerhafter Handhaft. Ohne Konkurrenz. 150/5

Wer-Stoff-hat?

feinste Gerberauszüge 20 M. feinste Zylinder, zwei Knopfen, für guten Sitz beim gold. Beduile. **Ludwig Engel, Preussener Str. 23 1/2** (Alexanderplatz). Begründet 1892. — Bitte um Anzeigen (postfrei). Gelegenheitsverkauf von 5 M. pro Meter an, reine Wolle, neuere Muster. Spezial: Winterpaletot Napoleon nach Maß 36 M. Ein Rezipes führt zu dauerhafter Handhaft. Ohne Konkurrenz. 150/5

Wer-Stoff-hat?

feinste Gerberauszüge 20 M. feinste Zylinder, zwei Knopfen, für guten Sitz beim gold. Beduile. **Ludwig Engel, Preussener Str. 23 1/2** (Alexanderplatz). Begründet 1892. — Bitte um Anzeigen (postfrei). Gelegenheitsverkauf von 5 M. pro Meter an, reine Wolle, neuere Muster. Spezial: Winterpaletot Napoleon nach Maß 36 M. Ein Rezipes führt zu dauerhafter Handhaft. Ohne Konkurrenz. 150/5

Wer-Stoff-hat?

feinste Gerberauszüge 20 M. feinste Zylinder, zwei Knopfen, für guten Sitz beim gold. Beduile. **Ludwig Engel, Preussener Str. 23 1/2** (Alexanderplatz). Begründet 1892. — Bitte um Anzeigen (postfrei). Gelegenheitsverkauf von 5 M. pro Meter an, reine Wolle, neuere Muster. Spezial: Winterpaletot Napoleon nach Maß 36 M. Ein Rezipes führt zu dauerhafter Handhaft. Ohne Konkurrenz. 150/5

Gustav Lindenhayn.

Gastwirtschaft. Telefon: Amt. Grünau, **Friedrich-Str. 2.** 5 Minuten vom Bahnhof. Großer Garten. Vereinszimmer. Fremdenlogis. 25612* Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.

A. WERTHEIM

EMAILLIERTE GESCHIRRE

Schmortöpfe ohne Ring 8 Größen 45 Pf. bis 1.75	Teller fach oder tief, 3 Größen 20, 25, 35 Pf.	Schöpflöffel 4 Größen 25 bis 40 Pf.
Schmortöpfe für Gas, m. Deckel 6 Größen 70 Pf. b. 2.75	Bratenschüsseln rund und oval 50 bis 90 Pf.	Teesiebe 10 Pf.
Kasserollen ohne Ring 8 Größen 15 Pf. bis 70 Pf.	Gemüseschüsseln viereckig, 6 Größen 25 bis 60 Pf.	Wassertrichter 2 Größen 25, 28 Pf.
Kasserollen mit Ring 4 Größen 75 Pf. bis 1.40	Eßnapfe 5 Größen 20 bis 50 Pf.	Kaffeetrichter 2 Größen 30, 35 Pf.
Fischkocher m. Eins. u. Deckel 5 Größen 2.25 b. 7.50	Küchenschüsseln tief, 8 Größ. 30 Pf. bis 1 Mk.	Tassen mit Untertassen 30 Pf.
Bratpfannen lang 10 Größen 1.10 b. 3.60	Schüsseln fach 16 Größen 12 Pf. bis 1.20	Kinderbecher 15 Pf.
Bratpfannen rund 5 Größen 40 Pf. b. 90 Pf.	Wasserkannen zebraucht, 3 Größen 90 Pf. bis 1.65	Wannen rund 4 Größen 1.30 bis 2.50
Wasserkessel mit Absatz 5 Größen 90 Pf. bis 1.75	Leuchter weiß 20 Pf., dekoriert 30 Pf.	Wannen oval 6 Größen 1.45 bis 4.50
Wasserkessel für Gas 6 Größen 50 Pf. bis 1.50	Seifendosen mit Deckel 40 Pf.	Eimer mit Deckel, dekoriert 3 Sort. 2 Mk. bis 3 Mk.
Essenträger 6 Größen 40 Pf. bis 1.75	Toiletteneimer mit Deckel, 4 Größen 1.75 bis 3.50	Eimer marmor 90 Pf., gra. 65 Pf.
Essenträger mehrteilig 4 Größen 1.25 bis 3 Mk.	Durchschläge 4 Größen 30 bis 80 Pf.	

NICKEL- U. KUPFER-WAREN

Kaffee- u. Teeservice 5 teilig vernickelt 14 Mk.	Biskuitdosen vernick. Fassung 80 Pf., 2 Mk.	Gläsersteller Stielgutplatte m. vernickeltem Rand div. Größen 25 Pf.
Teemaschinen vernickelt 7.50, Kupfer 9 Mk.	Sahnenservice 3 teilig, vernick. Fassung 2.50, 3 Mk.	Kaffeetrichter vern. Fass. 3 Größen 1.25, 1.50, 1.75
Selsterwasser-Kühler vernickelt 1.50	Saftkannen vernick. Fassung 80 Pf., 2.25	Warmwasserkannen vernick. 2 Größ. 2.75, 3.25
Weinkühler Kupfer 5 Mk., 6.50	Tablette Stielgutplatte mit vernickeltem Rand, 5 Sorten 1.50 bis 5 Mk.	Salz- u. Pfeffermenagen vernick. Gestell 1.75, 2.25
Salatschüsseln div. Muster, vernickelter Rand 1.50		

EISEN- U. BORSTENWAREN

Ofenvorsetzer div. Ausführungen 1.50 bis 4 Mk.	Feuerzeuge 40, vernickelt 75 Pf.	Kleiderbürsten 6 Sorten 50 Pf. bis 1.75
Schirmständer div. Ausführungen 4 Mk.	Zigarren-Ablagen 50 Pf.	Kopfbürsten 3 Sorten 1 Mk. bis 1.75
Sicherheitsketten 25, 30 Pf.	Fußmatten Eisendraht 1.50	Teppichkehr-Maschinen 7.50 b. 13 Mk.
Huthaken 15 Pf.	Wirtschaftswagen 1.40, 1.75	Haarbesen grau 80 Pf., 1.10
Schlüsselleisten 20 Pf.	Wringmaschinen 9 Mk. u. 10 Mk.	Handfeger grau 60, 70 Pf.

BELEUCHTUNGS-ARTIKEL

Küchenlampen 4 Sorten 38 bis 85 Pf.	Gas-Salonkronen komplett, mit Montage 19, 27 Mk.	Gasanzünder für den Cylinder 35 Pf.
Tischlampen Brenner 14''' Glasbassin, mit Metall-Fuß 2.75	Salonkronen mit Inverlicht, komplett, mit Montage 38 Mk.	
Tischlampen mit Messing-Fuß 4.25	Zuglampen mit Schirm, komplett, mit Montage 14, 17 Mk.	Glühbirnen für elektr. Licht 16/220, hell 50 Pf.
Gas-Ampeln komplett, mit Montage 12.50 bis 19 Mk.	Speisezimmerkronen 47.50, 55 Mk.	

EISERNE BETTSTELLEN

Polster-Bettstellen 5.50, 7 Mk., mit Drellbezug 8.75 Mk.	Eiserne Bettstellen besonders stark 12 Mk., mit bestem Stahlfederbod. 17.50 Mk.
Polster-Bettstellen mit starken Sprungfedern u. Reformgestell 12.75 Mk.	Eiserne Bettstellen engl. Form aus gutem Stahlrohr 29 Mk.
Schrank-Bettstellen mit vorzüglicher Matratze 22.50, mit Tischplatte 25 Mk.	Matratzen grau 4 Mk., gestreift Jutebezug 5.25, rot Drell, mit Seegrassfüllung 7.50 Mk.
Eiserne Bettstellen mit doppeltem Spiralfederboden 6.75, 8.75 Mk.	Matratzen rot Drell, mit Faserfüllung 10.50 Mk.

Elegante eiserne, sowie deutsche und englische Messing-Bettstellen.

IM ALTEN LICHTHOF LEIPZIGER STRASSE:

AUSSTELLUNG

GEBRAUCHS- U. LUXUS-PORZELLAN

aus Deutschland, England, Frankreich, Österreich, Schweden. Wiener Malereien.

FAYENCE Deutsche, Dänische, Englische, Holländische, Österreichische, Schwedische, Ungarische Fabrikate.

IN- U. AUSLÄNDISCHE TÖPFEREIEN

KRISTALL Deutsche, Englische, Französische, Amerikanische, Schwedische Erzeugnisse.

Rand gesetzl. geschützt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Nieder-Schönhausen, N.O., steht uns das Gesellschaftshaus „Kordend“...

2. Wahlkreis (Süd). Am Sonntag, den 27. September, findet bei Kabe, Fichtestr. 20, ein gemütliches Kaffeeloch...

Rixdorf. Die Willetts zu unserer am Sonntag, den 27. September, nachmittags präzis 2 1/2 Uhr stattfindenden Theatervorstellung...

Wilmersdorf. Am Freitag, den 25. September, findet für die Bezirke 4 bis 16 eine Flugblattverbreitung statt.

Groß-Lichterfelde. Arbeiter! Parteigenossen! Die im März stattgefundene Gemeindevahl für den Westen ist für ungültig erklärt worden.

Die Notwendigkeit der Wahl von sozialdemokratischen Gemeindevorstellern ist umso zwingender, als die Lichterfelder Gemeindevorstellung gar nicht daran denkt...

Es kommt auf jede Stimme an. Da die Wahlzeit bis 8 Uhr abends ausgedehnt ist, hat jeder Wähler genügend Zeit, sein Wahlrecht auszuüben.

Wahlkarte oder sonstige Legitimation ist mitzubringen. Die sozialdemokratischen Kandidaten sind: Paul Heid, Metallarbeiter, Dürerstr. 10.

Adershof. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Kauf, Bismarckstraße 16...

Eichwalde. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Lokal Lindemann in Zeuthen eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Hoffen. Donnerstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Kurznerschen Lokal, Paruther Str. 10, unsere Wahlvereinsversammlung statt.

Friedrichshagen. Heute, Mittwoch, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Verdes Kirchengarten (Hundteil) die fällige Wahlvereinsversammlung statt.

Vogzagen-Kummelsburg. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet der hiesige Wahlverein bei Tempel, Alt-Vogzagen 56, die erste Bildungsversammlung für seine weiblichen Mitglieder.

Berliner Nachrichten.

Der bevorstehende Oktoberumzug

beraunlagt uns, die Parteigenossen und „Vorwärts“-Abonnenten darauf hinzuweisen, ihre Anmeldung nach der neuen Wohnung rechtzeitig zu besorgen.

Die Mitglieder der Wahlvereine tun gut, sich bei ihrem Bezirksführer abzumelden unter Angabe der neuen Wohnung, während die „Vorwärts“-Abonnenten ihren Expeditur baldigt von dem Wohnungswechsel in Kenntnis setzen wollen.

30 Millionen für die neuen städtischen Hofenbauten. Die städtische Verkehrsdeputation beschloß gestern die in Arbeit befindlichen Hofenanlagen am Stralauer Ager...

sei vom Minister in Aussicht gestellt. Die Kosten erhöhen sich von acht auf neun Millionen. Die Kaufmannschaft soll mit Rücksicht auf den seinerzeit abgeschlossenen Vertrag hier von verständig und um Zustimmung erlucht werden.

Tageordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 24. September d. J., nachmittags 5 Uhr. Berichterstattung über die Vorlage betreffend die gegen die Richtigkeit der Gemeindevählerliste erhobenen Einsprüche.

Dreimarstücke sind an Stelle der alten Taler ausgegeben worden. Die neue Münze unterscheidet sich von den Zwei- und Fünfmärkchen nur durch die Größe; sie ist etwas kleiner als der frühere Taler.

Einsprüche gegen die Gemeindevählerliste für Berlin sind diesmal nur in geringer Zahl erhoben worden — wie immer in den Jahren, die uns keine allgemeinen Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung bringen.

Diesmal sind nur sechzehn Einsprüche erhoben worden, aber selbst bei dieser geringen Zahl ist es nicht ohne Interesse, die einzelnen Fälle näher zu betrachten. Der Stadtverordnetenausschuß, der die Einsprüche geprüft hat, ist zu dem Ergebnis gekommen, daß in sieben Fällen der Einspruch zurückzuweisen, aber in den neun übrigen Fällen nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste zu gewähren sei.

Unter dem Verdacht der Cholera. Offiziell wird gemeldet: Berlin, 22. September. Bei einer aus Petersburg zugereisten Dame, die gestern abend wegen Choleraverdacht in das Rudolf-Virchow-Krankenhaus hier eingeliefert worden ist, haben die bakteriologischen Untersuchungen bisher den Choleraverdacht nicht bestätigt.

Wie wir schon erfahren, hat gestern vormittag im Reichsannteil des Innern eine Konferenz stattgefunden, die sich mit der Frage der Ergreifung von Maßregeln zur Bekämpfung der Cholerafrage beschäftigte. In dieser Konferenz waren Mitglieder des Kultusministeriums, des Reichsgesundheitsamtes, des Reichsamtes des Innern, des Reichsmarinamts und des Kriegsministeriums vertreten.

schäftigte. In dieser Konferenz waren Mitglieder des Kultusministeriums, des Reichsgesundheitsamtes, des Reichsamtes des Innern, des Reichsmarinamts und des Kriegsministeriums vertreten. Gestern nachmittag wurden zwei gesunde Personen, Ausländer, vom Schlesischen Bahnhof in die Infektionsabteilung eingeliefert und zwar unter dem Verdacht der Ansteckungsfähigkeit.

Einer Berliner Korrespondenz hat der Direktor des Königl. Instituts für Infektionskrankheiten, Geheimrat Daffl, folgendes mitgeteilt: Es liegt trotz allem für das Publikum noch keine Veranlassung vor, sich zu beunruhigen. Das Reichsgesundheitsgesetz sieht alle Eventualitäten vor, so daß besondere Maßnahmen nicht notwendig sind.

Selbstmord auf den Schienen. Der zerstückelte Leichnam einer unbekanntem Frauensperson ist gestern auf den Gleisen der Stadtbahn aufgefunden worden. In der Nähe des Posthauses Grunewald stieß ein Streckenbeamter auf die Leiche.

Als Leiche gefanget wurde gestern im Tegeler See der Kletter Stengel, der am Sonntagnachmittag mit mehreren Bekannten eine Geheulohrtafel unternommen hatte. Das Fahrzeug kenterte bei Baumwerder und die Insassen fielen ins Wasser.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnzug und einem Sprengwagen erfolgte gestern nachmittags an der Ecke der Hoch- und Bahstraße. Ein Sprengwagen der städtischen Straßenreinigung, der von dem 68 Jahre alten Rutscher Wilhelm Rihmann, Liebenwalder Straße 5 wohnhaft, geführt wurde, wurde von einem Straßenbahnzug der Linie Paulow-Mittelstraße mit solcher Gewalt angefahren, daß er ein Stück fortgeschleudert wurde.

Zeugengesuch. Am Montag, den 7. d. M., abends 9 1/2 Uhr wurde ein Mann gelegentlich eines Renkontres mit einem Schutzmänn durch Säbelhiebe verletzt. Die von ihm aufgeschriebenen Adressen von Zeugen des Vorfalls kamen auf der Fahrt nach der Unfallstation abhanden, speziell vernichtet er die Adresse eines Herrn in hellgrauem Paletot mit Zylinder, der seinerseits auch einige Adressen notiert hatte und bittet diesen wie auch andere Zeugen um Angabe ihrer Adresse an Emil Eisermann, Berlin SO., Reichenbergerstr. 65, Hof I.

Feuerwehrrundrichten. Vergangene Nacht kam in der Linienstraße 3a ein großer Ladenbrand zum Ausbruch und gestern früh um 8 Uhr brannten im Hause Prinzenstraße 65 Balken usw.

Wegen einer Gasvergiftung wurde gestern vormittag die Wehe nach dem Wolffschen Pensionat in der Krausenstraße 9 gerufen. Somariter der Wehr benutzten mit Erfolg einen Sauerstoffapparat. Ferner hatte die Feuerwehr in der Kochmannstraße 33 zu tun, wo in einer Wohnung Möbel und anderes brannten. Kleider wurden in der Steinmetzstraße 26 ein Raub der Flammen. In der Ritterstraße 71 brannten Lade und in der Waldenstraße 21, Alexandrinenstraße 51 usw. alter Hausrat.

Um ein Pferd aus einer Kollage zu befreien, rüdten Mannschaften der Wache 3 nach der Eberwalder Straße 4 aus. Es gelang, das Pferd aus der Grube, in die es gefallen war, gesund herauszuholen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung. Die letzte Sitzung beschäftigte sich mit der Angelegenheit betreffs die Konzessionsverlängerung der Großen Berliner Straßenbahn. Bekanntlich hatte der Oberpräsident der Provinz Brandenburg die Stadtgemeinde aufgefordert, sich zu dieser Konzessionsverlängerung bis zum 15. August zu äußern.

Stadts. Rheinbacher (lib. Fr.) bedauert, daß der Magistrat noch nicht weitere Schritte eingeleitet hat; es handelt sich hier um den Versuch, Schöneberg dauernd zu Inebeln zugunsten einer Privatgesellschaft. Er, Redner, sei an und für sich kein Gegner, wenn Privatgesellschaften zu derartigen Projekten wüßten, aber es hat seine Grenzen. Es darf nicht soweit gehen, daß die Gemeinden vollständig lahmgelegt werden.

Stadts. Käter (Soz.) weist darauf hin, daß die Große Berliner Straßenbahn auf die einzelnen Gemeinden pfeift, sonst hätte sie sich wegen der Konzessionsverlängerung an die Gemeinden selbst und nicht an den Oberpräsidenten gewandt. Es ist die höchste Zeit, daß hier ganz energisch eingeschritten wird. Die Gemeinden sollten über die kleinen Vorteile hinwegsehen, die ihnen von der Großen Berliner Straßenbahn gewährt werden und sich zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammenschließen.

Stadts. Kollnburger (Soz.) hätte erwartet, daß auch vom Magistrat in die Debatte eingegriffen worden wäre. Es handelt sich hier um eine Frage, wo jedes Mittel angewandt werden muß, um die Konzessionsverlängerung zu verhindern. Große Fehler sind aber bereits in den früheren Jahren gemacht. Die Verträge der Großen Berliner Straßenbahn mit den einzelnen Gemeinden Groß-Berlins hätten mit einem einheitlichen

Termin ablaufen müssen, statt dessen hat jede Gemeinde ganz sorglos ihren eigenen Vertrag abgeschlossen und ein großer Teil dieser Verträge läuft länger als der Berliner Vertrag, der bekanntlich mit dem Jahre 1919 abgelaufen ist. Durch diesen Zustand sind der Großen Berliner Straßenbahn Nachmittage in die Hand gegeben, mit denen sie eventuell auch eine Vertragsverlängerung in Berlin durchsetzen kann. Daß die Große Berliner Straßenbahn das Kleinbahngesetz für ihre Zwecke so günstig auszunutzen versteht, ist kein Wunder, wenn man bedenkt, welche Leute an der Spitze dieser Gesellschaft stehen. Die Große Berliner Straßenbahn ist eine Aktiengesellschaft, die auf Grund bestimmter Konzessionen gegründet ist. Jede Verlängerung der Konzessionsdauer verlängert auch die Frist der Amortisierung des angelegten Kapitals und erhöht die Dividende. Die Konzessionsverlängerung bedeutet mithin also ein großes Geldgeschäft an die Aktionäre und das muß verhindert werden. Die langandauernden Verträge sind fast immer ein Hindernis für die Entwicklung der Gemeinden gewesen. Die Gemeinden kommen durch solche Verträge in die allererschlimmste Lage. Was bedeuten 90 Jahre in der Entwicklung der Gemeinden? Redner erinnert daran, wie sich das ganze Verkehrswesen entwickelt hat. Der Konzessionsverlängerung zugestimmt bedeutet, die jetzige Form des Verkehrswezens auf den Straßen aufrechtzuerhalten. Deshalb sollte sich keine Gemeinde auch nur einen Tag über den bereits bestehenden Vertrag binden lassen.

Stadtvorstandsvorsteher Lohausen (Hb. Vereinig.) beantwortet ebenfalls, daß die Gemeinden Groß-Verlins in dieser Frage nicht wie ein Mann zusammenstehen und an die Öffentlichkeit treten. Der Magistrat würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er die nötigen Schritte zu diesem Zusammengehen einleiten würde. Eine wichtigere Angelegenheit kann es kaum geben. Der Magistrat scheint aber gar nicht die Absicht zu haben, die Stadtvorstandsvorversammlung zu Rate zu ziehen, sonst würde er nicht die ganze Angelegenheit der Versammlung nur zur Kenntnisnahme unterbreiten.

Stadtrat Walger sucht die Vorwürfe, die dem Magistrat gemacht wurden, mit dem Hinweis darauf als nicht gerechtfertigt zu erklären, daß der Syndikus und Deputierter des Verkehrswezens zurzeit verreist ist. Der Magistrat hat das getan, was er tun konnte. Um das Anerkennen der Großen Berliner Straßenbahn zurückzuweisen, dazu brauche man die Stadtvorstandsvorversammlung nicht. Wenn der Verkehrswezensverband noch nicht zustande gekommen ist, so liegt das eben an der Schwierigkeit, derartige Gemeinden unter einen Hut zu bringen. Vor allem handelt es sich jetzt darum, die Rechtslage zu prüfen und dann beim Oberpräsidenten vorstellig zu werden. Beim Magistrat sind diese Angelegenheiten in Bearbeitung.

Stadtv. Sobel (Hb. Frakt.): Beim Magistrat scheint eine völlige Ratlosigkeit gegen das Vorgehen der Straßenbahngesellschaft zu herrschen. Am 7. Juni ist das Schreiben vom Oberpräsidenten eingegangen und am 16. August habe man erst dazu Stellung genommen und um eine Fristverlängerung gebeten. Nachdem diese Fristverlängerung gewährt ist, geht der Deputierter in Ferien und kümmert sich um die Angelegenheit nicht weiter.

Stadtv. Noltenhauer (Soz.) macht ebenfalls dem Magistrat den Vorwurf, daß er nicht mit dem hinreichenden Ernst an die Sache herangegangen sei. Das einzige, was getan worden ist, sei das Nachsuchen um eine Fristverlängerung. Ob nun weiteres geschehen soll, davon habe man nichts erfahren.

Stadtv. Henne (unabh. Vereinig.) schießt sich im wesentlichen den Ausführungen der Voredehner an, nur hält er es für zweckmäßig, daß der Magistrat nicht mit allen Mitteln an die Öffentlichkeit tritt. Es muß dagegen protestiert werden, daß auf Grund des geschriebenen Rechts ein Unrecht der ganzen Bürgererschaft getan wird.

Nach Schluß der Diskussion werden folgende Anträge einstimmig angenommen:

1. Den Magistrat zu ersuchen, mit den in dem Antrage der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft genannten Gemeinden in Verbindung zu treten, um gemeinsam mit diesen Gemeinden Abwehrmaßnahmen zu treffen, eventuell auch persönlich bei dem Herrn Oberpräsidenten vorstellig zu werden.
2. Den Magistrat ferner zu ersuchen, auf die Aufforderung des Herrn Oberpräsidenten vom 7. Juli d. J. sich unter Hervorhebung der für uns maßgebenden Gründe dahin zu erklären, daß wir beantragen, den Ergänzungsantrag der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft abzulehnen.

Zwei Anträge der beiden rechtsstehenden Fraktionen der Versammlung, nach welchen Mittel verlangt werden zur Beseitigung von Frühfrost und Mittagfrost an bedürftige Kinder der Volksschule, werden nach kurzer Debatte einem Ausschuss überwiesen. Von den Begründern der Anträge wurde hervorgehoben, daß die jetzt herrschende wirtschaftliche Krise einen großen Einfluss auf die Ernährung der Kinder ausübe. Von sozialdemokratischer Seite sowohl wie von der liberalen Fraktion wurde begrüßt, daß nun endlich auch die rechtsstehenden Fraktionen die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen anerkannt haben, während früher die gegenteilige Meinung geltend gemacht wurde.

Sodann wird beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, bei Neuerrichtung von Bedürfnisanstalten mit Abortgelegenheit, wo es möglich ist, die Anlage unterirdischer Anstalten in Erwägung zu ziehen.

Die vorgelegte Behälterordnung für den städtischen Krankentransportwagen wird genehmigt.

Angenommen wird ebenfalls ein Antrag, nach welchem die städtische Wapargasse an der Vertheilgasse Straße, neben dem neu zu errichtenden Gymnasium zu einem Spielplatz herzuwickeln ist.

Ein Antrag des Magistrats verlangt die Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle und Uebertragung dieser Anstalt an den schon bestehenden Verein für Rechtsauskunft.

Stadtv. Frisch (Soz.) verlangt, daß die Auskunftsstelle in eigener Regie errichtet und betrieben werde. Die Stadt müsse die Stelle so gestalten, wie es den Bedürfnissen der Einwohner entspricht.

Stadtrat Walger glaubt, daß durch Uebertragung dieser Stelle an einen Verein dieselbe mehr Vertrauen in der Bürgerschaft genießen wird. Späterhin wäre dieselbe in eigene Regie zu übernehmen.

Stadtv. Magnan (Soz.) zerstreut die Bedenken des Magistratsvertreters, und trat nochmals für die Errichtung in eigener Regie ein.

Nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, die Rechtsauskunftsstelle in eigener Regie zu errichten, wird die Magistratsvorlage angenommen. Eine Petition, auch eine besondere Rechtsauskunftsstelle für Frauen einzurichten, wird dem Magistrat als Material überwiesen.

Zur Beschaffung der nötigen Einrichtungsgegenstände für die neuerbaute Schule in der Kolonnenstraße werden die nötigen Mittel bewilligt. Die Schule soll im Oktober bezogen werden.

Eine Rekrutenabschiedsfeier veranstaltet am Sonnabend, den 26. d. M., in Mieschke's Festsaal, Hauptstraße, der Arbeiterturnverein von Schöneberg. Alle Rekruten und deren Bekannte sind bestens eingeladen. Die Feier beginnt um 9 Uhr.

Rixdorf.

Die Parteigenossen werden auf die heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Ziel, Bergstr. 161/162, stattfindende Versammlung der Gewerkschaftskommission aufmerksam gemacht, in der der Genosse Wälder über „Das Krankenversicherungsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der Rechte der Versicherten“, spricht. Zu dieser Versammlung hat jedermann Zutritt.

Durch ein herabstürzendes Raß den Fuß zerquetsert. Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall ist in vierjähriger Anstalt zum Strüpfel

geworden. Vor dem Hause Hermannstr. 227 hatte ein Brauervogel angehalten. Als das Gefährt später wieder wegzufuhr, stürzte eine schwere Bierkanne auf die Straße und traf unglücklichweise den an der Vordschwelle stehenden Knaben Hans Rechner. Dem Kleinen wurde der rechte Fuß vollständig zerquetsert.

Nieder-Schönhäusen.

Auf zur Wahl!

Nur noch wenige Tage trennen uns vom Termin der Erziehung zur Gemeindevertretung. Die Wahl findet am nächsten Dienstag, den 29. September, im Lokal von Siebemit, am Kirchplatz, in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends statt. Unser Kandidat ist der Genosse Otto Rißmann.

Da die Wahl unter Zugrundelegung der im Januar dieses Jahres aufgestellten Wählerlisten stattfindet, ersuchen wir besonders die im Laufe des Jahres verzogenen Parteigenossen, ihr Wahlrecht möglichst frühzeitig auszuüben. Parteigenossen, die mit Nieder-Schönhäusen in Verkehr stehen, ersuchen wir, diese auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen.

Von Wichtigkeit ist es, daß eine größere Anzahl sozialdemokratischer Wähler zum Beginn der Wahlhandlung im Wahllokal anwesend ist, um uns eine entsprechende Vertretung im Wahlbureau zu sichern.

Ferner ersuchen wir, in den nächsten Tagen die die Wahl betreffenden Veröffentlichungen im „Vorwärts“ zu beachten.

Wenn jeder Parteigenosse während der kurzen Frist bis zur Wahl und am Tage der Wahl selbst seine Schuldigkeit tut, dann muß es uns gelingen, unseren Kandidaten Otto Rißmann in das Dorparlament zu entsenden.

Weißensee.

Die letzte Gemeindevorstellung beschäftigte sich mit einem Antrage, die Vorschule der Realschule von derselben abzutrennen und eine Zentralvorschule zu bilden, um so den Nachwuchs für die Oberrealschule als auch für das Realgymnasium zu liefern. Die Gelegenheit ließen unsere Vertreter nicht ungenutzt, die Vorseitigung der Vorschule zu fordern. Ihr Sprecher, Genosse Taubmann, forderte die Bildung von Einheitsvorschulen bis zum 14. Jahre. Es darf nicht das Bestreben sein, die Klassegegenstände den Kindern von Jugend an einzuprägen. Auch die finanzielle Seite spreche für Aufhebung der Vorschule. Als einziger Redner für die Wiederherstellung der Gemeindevorstellung gegen diesen Vorstoß. Ein Antrag auf Vorseitigung der Vorschule stehe nicht auf der Tagesordnung und wolle man die Vorschule auflösen, so müsse man dieselbe von unten abzubauen. An eine solche Absicht ist vorläufig nicht zu denken. Gegen die acht Stimmen der Sozialdemokraten wurde die Zentralvorschule als errichtet betrachtet.

Lichtenberg.

Aus der Gewerkschaftskommission.

Die letzten beiden Sitzungen der Unterkommission beschäftigten sich hauptsächlich mit den bevorstehenden Erziehungswahlen der Delegierten zur Ortskrankenkasse. Es ist mitzuteilen, daß dieselben für die 1. Wahlabteilung, umfassend die Betriebe östlich der Güterstraße, Dorfstraße und des Weissen Weges, ausschließlich der drei genannten Straßen und die in Wilhelmsherg beschäftigten Kasernenmitglieder am 28. d. Mts., für die 2. Wahlabteilung, umfassend die Betriebe in der Güterstraße, Dorfstraße und des Weissen Weges, sowie den Stadtteil westlich dieser Straßen am 29. d. Mts. stattfinden. Beide Abteilungen wählen in der Zeit von 6 bis 8 Uhr im Lokal von Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5. Die Wahl ist geheim. Als Legitimation für die Kasernenmitglieder gilt Mitgliedsbuch oder Karte. — Unter Verschiedenem wurde beschlossen, in jedem Jahre mindestens zwei öffentliche Gewerkschaftsversammlungen abzuhalten. Dieselben sollen im Frühjahr und im Herbst stattfinden.

Während in der vorhergehenden Sitzung die Barbiers und der Ort Wilhelmsherg nicht vertreten waren, waren in der letzten Sitzung die Bauarbeiter und Handlungsgehilfen nicht anwesend.

Arbeiter, Parteigenossen!

Seht die Wählerliste nach!

Die Liste der stimmungsfähigen Bürger Lichtenbergs sowie die Bezirkswählerlisten der II. und III. Abteilung liegt in Gemäßheit der Bestimmungen des § 1 des Ortsstatuts vom 18. April 1908, betreffend die Liste der stimmungsfähigen Bürger in der Zeit

vom 15. bis einschließlich 30. September d. J.

an den Wochentagen von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr, an den Sonntagen von 9 bis 12 Uhr vormittags im großen Sitzungssaal des Rathhauses öffentlich aus.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben; später eingehende Einsprüche werden nicht berücksichtigt.

Es ist dringend notwendig, daß sich jeder Wähler durch Einsichtnahme in die Liste überzeugt, ob auch sein Name richtig eingetragen ist. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen. Wer nicht selbst die Zeit dazu haben sollte, beauftrage einen bestimmten Genossen mit der Einsichtnahme.

Groß-Lichterfelde.

Die Tagesordnung der letzten Gemeindevorstellung stand unter dem Zeichen von Polizeiverordnungen. Und zwar handelte es sich um die Beschränkung des Straßenhandels „aus Verkehrsbedürfnissen“. Diese „Verkehrsbedürfnisse“ sind natürlich nur das Existenz, um der ganzen Wohnbevölkerung einen gesunden Markt zu geben. In der Tat hat Groß-Lichterfelde gar keinen Verkehr von Bedeutung, zum mindesten nicht einen solchen, der eine derartige Polizeimaßregel rechtfertigte. Der Erlaß dieser Polizeiverordnung durch die Gemeindevorstellung ist natürlich nur erfolgt im Interesse der Hausbesitzer und der Handel- und Gewerbetreibenden — ist also ein Stück Mittelstandspolitik, und zwar auf Kosten der Kinder- und Unbemittelten. Eine Gemeindevorstellung, die es mit den sozialen Aufgaben ernst meint — möchte bestrebt sein, für die Versorgung mit guten und billigen Lebensmitteln alle geeigneten Maßnahmen zu treffen. Statt dessen sucht man hierorts jede Konkurrenz in dieser Beziehung fernzuhalten und die minderbemittelte Bevölkerung den Handelsmonopolisten tributpflichtig zu machen. Es ist bekannt, daß gerade in Groß-Lichterfelde die Nahrungsmittelpreise höher sind als anderswärts. Die Wohlhabenden und Reichen werden davon am wenigsten betroffen, weil sie ihre Bedürfnisse meistens in Berlin decken; solange sie dort billiger kaufen können, pfeifen sie auf den hiesigen Mittelstand. Dafür darf er sich aber bei den minder- und unbemittelten Schichten der Bevölkerung auf Grund solcher Polizeiverordnungen schadlos halten. In nicht weniger als 24 Straßen soll der Straßenhandel und „Verkehrsbedürfnisse“ verboten werden. Nur ein einziger Gemeindevorsteher, Herr Meyer, bekämpfte die Polizeiverordnung als ungerechtfertigt, konnte aber nichts weiter erreichen, als daß schließlich ein Teil der Steglitzer- und Brauerstraße vom Verbot ausgenommen wurde. — Die andere Polizeiverordnung betraf das Gebiet der Rahrmungsmittelkontrolle und zwar bezüglich eines der wichtigsten und notwendigsten Nahrungsmittel — der Milch. Die Klagen und Beschwerden über veräufelte Milch haben sich in unserem Ort derart gehäuft, daß die Polizeiverwaltung notgedrungen den Erlaß von Vorschriften über den Verkauf von

Milch bezog, die Beaufsichtigung und Kontrolle der Molkereien forderte. Hier, wo es sich um hygienische Maßnahmen im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung handelt, zu denen die Gemeinden verpflichtet sind, opponierte der Gemeindevorsteher Professor Dr. Kübler — er bezeichneter sich selbst unlangt als „Mann der Wissenschaft“ — und machte „erhebliche Bedenken“ geltend. Er schiebt nämlich polizeiliche Sanktionen gegen die Molkereibesitzer.

Sonst hat der Herr Professor aber nie etwas von Polizeisanktionen gehört. Die Vorlage wurde angenommen.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen, die kein besonderes öffentliches Interesse beanspruchten, nahm außerhalb der Tagesordnung der Gemeindevorsteher Dr. Souhon das Wort und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß wieder zwei Gemeindevorsteher ihr Amt als Armenkommissare niedergelegt hätten. Es läge im Interesse der Gemeindefinanzen, daß die Mitglieder der Gemeindevorstellung dieses Amt behielten. Der Redner machte sogar den bürgerlichen Armenkommissionen, die der Gemeindevorstellung nicht angehören, ganz unbekannt den Vorwurf, daß sie mit den Mitteln der Gemeinde den Armen gegenüber zu freigebig seien! Aus diesem Grunde wünscht er für dieses Amt nur Gemeindevorsteher, die man natürlich besser unter Kontrolle hat. Diese unerhörten Ausführungen fanden Zustimmung bei dem Schöffen Dr. Domino, der sich leider auf denselben Standpunkt stellte. Es ist Eingekerkert längst kein Geheimnis, daß die Armenfürsorge in dem reichen Groß-Lichterfelde unter aller Kritik und ein Schandfleck für diesen vornehmen Villenort ist. Trotzdem hat man noch den Mut, in öffentlicher Sitzung die Armenkommissare förmlich einzuschüchtern und zu noch größerer Sparsamkeit oder auch Ablehnung gegenüber hilfsbedürftigen Armen aufzustacheln. Die Gemeindefinanzen auf Kosten der Armen in der geschickten Weise „heben“ zu wollen, ist geradezu ein moralisches Verbrechen. Und all das, weil die reichen Leute in Groß-Lichterfelde bequem und angenehm in einer mit allem Komfort einer Großstadt versehenen Vorortgemeinde wohnen, aber nichts bezahlen wollen. Es ist Zeit, daß die Arbeiterklasse durch selbstgewählte Vertreter einmal hinter die Kulissen leuchten läßt. Die bevorstehende Gemeindevahl ist die beste Gelegenheit dazu. Die Vertretung der Arbeiterklasse im Gemeindevorstellung ist eine dringende Notwendigkeit; deshalb säume kein Wähler, seine Wahlpflicht am Freitag, den 26. September, zu erfüllen und den sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme zu geben.

Nummelsburg.

Die Brandstiftungen am hiesigen Orte wollen kein Ende nehmen. Gestern nachmittag sind wiederum zwei Brände angelegt worden. Und wiederum waren es zwei Grundstücke in der Babnstraße und zwar die Häuser Nr. 83 und 84. Der Dachstuhl des Hauses Wohnstraße 84 ist zum größten Teil vernichtet worden. Als die alarmierte Feuerwehr eintraf, schlugen bereits mächtige Flammen aus dem Dach empor. Dagegen konnte das Feuer auf dem Nebengrundstück Nr. 83 bald wieder gelöscht werden. Daß es sich in beiden Fällen um Brandstiftung handelt, ist zweifellos.

Vermischtes.

Zum Brand der Pariser Telephonzentrale.

An der Wiederherstellung der durch das Feuer zerstörten Telephonleitungen wird mit allem Nachdruck gearbeitet. Eine Anzahl Verbindungen mit dem Auslande konnten bereits im Laufe des gestrigen Tages provisorisch benutzt werden. So können unter anderem jetzt wieder Gespräche mit Frankfurt a. M. und Berlin geführt werden. Im Laufe des heutigen Tages gedenkt die Verwaltung die Verbindung mit den verschiedenen Städten Frankreichs wieder herzustellen zu können. Die Pariser Teilnehmer werden jedoch mit ihren Anschlüssen eine längere Zeit warten müssen.

Der Unterstaatssekretär für Post und Telegraphie wird zur Wiederherstellung der zerstörten Anlagen um Gewährung eines dringenden Kredites nachsuchen.

Neuer Flugrekord.

Wilbur Wright, der Bruder des vor wenigen Tagen bei seinen Flugversuchen abgestürzten amerikanischen Aviatikers, unternahm gestern auf dem Gelände von Le Mans einen Flug, bei dem er sich eine Stunde 31 Minuten und 23 Sekunden in der Luft hielt. Die von ihm durchflogene Strecke betrug 68 Kilometer 600 Meter.

Unter den Trümmern begraben.

Gestern früh ist die an einen Neubau stehende Seitenwand der alten Rathapotheke in Kiel eingestürzt, da sie anscheinend nicht genügend abgestützt war. Ein zwölfjähriges Mädchen wurde mit in die Tiefe gerissen und getötet.

Ein Nachhauer des Rippenkrieger Hauptmanns.

Wie die Zeitung „Daily Telegraph“ aus Plymouth meldet, erschien gestern ein Marineoffizier in Uniform an Bord des neuen Unterseebootes „C.“ wo er sich als neuer Kommandant vorstellte, die Mannschaft inspizierte und eingehend die technischen Einzelheiten des Bootes besichtigte, worauf er sich wieder entfernte. Einige Stunden später erschien ein anderer Marineoffizier, der sich als wirklicher Kommandant legitimierte. Es ist daher anzunehmen, daß man es bei dem ersten Offizier mit einem Spion zu tun hatte.

Strassenbahnzufammenstoß.

London, 22. September. In der Oldstreet in London stießen gestern zwei Straßenbahnwagen zusammen. Neun Personen wurden verletzt, davon drei lebensgefährlich.

Explosionskatastrophe.

Nach einer Meldung aus Niederländisch-Indien erfolgte in einem Ausbrennagazin zu Karang-Basin (Insel Bali) eine Explosion. Fünf europäische Soldaten wurden getötet und sechs verletzt; von den Eingeborenen werden acht als getötet oder vermisst und sieben als verletzt gemeldet.

Sozialdemokratischer Vese- und Diöktierklub „Heinrich Heine.“ Heute abend 7 1/2 Uhr bei Volze, Röhdenberg-Strasse 8. Vese- und Diöktierklub „Siddho.“ Heute abend 8 1/2 Uhr Vortrag über unser Parteiprogramm (Fortsetzung) bei Karl Schulz, Wölliger Straße 38. Gäste willkommen.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise nicht befriedigend. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich rego, Preise für mittlere und große Fische anziehend, sonst wenig verändert, größere und große Fische ohne jede Nachfrage. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Gebäck: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise kaum verändert.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die nach während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, machen uns wegen der Ueberweisung von Freigangspassagen sofort ihre Absichten einbringen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Briefe müssen jeden Monat neu eingelangt werden.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, 24. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die deutsche Finanzreform. Referent: Reichstagsabgeordneter Emil Eichhorn.
2. Bericht und Neuwahl der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission. 3. Wahl eines Schriftführers. 4. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert! 130/4*
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Heute Mittwoch, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, für die westlichen Vororte Friedenau-Steglitz, Mariendorf, Gr.-Lichterfelde, Teltow und Zehlendorf im „Kaiserhof“, Gr.-Lichterfelde-Ost, am Kranodplatz:

Gemeinsame außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Tarifbewegung im Zimmergewerbe und die Aufgaben unseres Verbandes. Referent: Kamerad Gustav Lauo-Dehlig. 2. Diskussion.
Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.
NB. Allen Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 11. Oktober 1908, nachmittags 3 Uhr, im Bernhard Hof-Theater, Gr. Frankfurter Straße 133, unser Theaterstück „Die neue Macht“, Schauspiel in 3 Akten von Ernst Brezang, zur nochmaligen Aufführung gelangt.
Eintrittskarten à 75 Pf. bei freier Garderobe sind bei allen Bezirksführern, Bezirkskassierern sowie im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, zu haben. 255/3

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, 24. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12:

Öffentliche Stellmacher-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Welchen Gang nimmt die Entwicklung im Berliner Wagnereigewerbe? Referent: Genosse Wilhelm Siering. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Branchenkommission.

Küchenmöbelbranche.

Donnerstag, den 24. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Leopold über: Die gegenwärtige Lage in der Holzindustrie. 2. Branchenangelegenheiten.
Die Kollegen von Weißensee und Bixdorf sind hierzu besonders eingeladen.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung.

Modell- und Fabrikfischer sowie Modelldrechsler

Donnerstag, den 24. September, abends 8 Uhr, bei Schmidt, Gartenstr. 6:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtige Lage in unserer Branche. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Maschinenarbeiter.

Donnerstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, in Soxter's Festsaal, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Eisk über: „Arbeiterversicherung“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 90/18
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Die Branchenkommission.

Konsum-Verein Charlottenburg u. Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3 (kleiner Saal):

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrats. 3. Beschlusfassung über die Bilanz, Verteilung des Uberschusses, Entlastung des Vorstandes. 4. Wahl des Aufsichtsrats. (Vorsitz für ausgesetzene Aufsichtsratsmitglieder.) 5. Entwürfe der Verwaltung. 6. Entwürfe der Mitglieder.
Zustimmungen müssen letzters drei Tage vor der Versammlung in Händen der Verwaltung sein.
Die Frauen werden besonders eingeladen.
Eintritt nur gegen Legitimationskarte.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder sehr entgegen der Verwaltung.
Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.
A. Sellin. R. Bada. B. Winkler.

Die Verkaufsstellen des Vereins befinden sich:
Wallstraße 23. Christstraße 18.
Tauroggenstraße 10. Gauerstraße 27.
Waldamerstraße 12. Weißbirenenstraße 2.
Weinmarerstraße 29.
in Wilmersdorf: Wilhelmstraße 27.

In sämtlichen Verkaufsstellen werden Mitgliederanmeldungen entgegenommen. 127/29
Arbeiter! Konsumenten! Tretet der wirtschaftlichen Organisation bei!
Der organisierte Konsum regelt die Produktion!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Vol I. Amt 3, 1230. Charitéstraße 3. Vol III. Amt 3, 1287.

Donnerstag, den 24. September 1908, abends 8 Uhr:

Versammlung

der in den Eifen- u. Metallgießereien beschäftigten Kernmacher u. Kernmacherinnen

in Wilkes Festsaal, Brunnenstraße 188.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Statistik über Beschäftigungszahl u. Organisationsverhältnis. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 24. September 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Elektromonteur u. Helfer Berlins und Umgegend

in Meyers Festsaal, Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Stadit, Hermann Schubert über: „Gewerkschaftliche und politische Organisation“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Achtung! Achtung!

Wegen Quartalschluß müssen die Kollegen, welche Erwerbslosen-Unterstützung beziehen (Kranke), ihre Unterstützung bis zum 30. September 1908 abgehoben haben.

Ausgeschlossen davon sind diejenigen Kollegen, welche sich in Krankenhäusern oder Heilstätten befinden und nach Schluß der Krankheit ihre Unterstützung abheben.

123/8 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Am Mittwoch, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Knop, Panthstraße 45, eine

Versammlung der Schuhmachergehilfen von Berlin Norden statt.

Tages-Ordnung: 1. Die Lage der Schuhmachergehilfen in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Referent: Kollege Mühlbrand. 2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer. 169/17

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Rosinenstraße 3:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Wahl eines ersten Bevollmächtigten. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 20/19 Die Ortsverwaltung.

Um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen, werden die allgemein beliebten VERA-CIGARETTEN neuerdings auch mit Mundstück hergestellt.

JOSETTI VERA

m. Mundstück
CIGARETTEN

enthalten dieselbe köstliche Mischung wie Vera ohne Mundstück, die stets bei allen urteilsfähigen Rauchern in bestem Ruf gestanden.

Josetti-Vera m/M. 10 St. 30 Pfg.

Billige Rohabake. Max Jacoby, Strellitzerstr. 52

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund.

Ortsgruppe Berlin.

Donnerstag, den 24. September 1908, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20:

Großer Lichtbilder-Vortrag

des Genossen Hans Prull-Wernigerode über:

Das Werden der Welten.

Eintritt 20 Pf. — Alkoholische Getränke werden nicht ausgedient!
Um zahlreiches Besuch bitten 291/1 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

der Graveure, Fiseleure und and. künstl. Gewerbebetriebe.

Montag, den 12. Oktober 1908 im Restaurant „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45:

Wahlversammlung.

Abends 6-8 Uhr im großen Saal: Wahl von 136 Arbeitnehmervertretern für das Jahr 1909.

Abends 7-8 Uhr im kleinen Saal: Wahl von 63 Arbeitgebervertretern für das Jahr 1909.

Wahlberechtigt und wählbar sind großjährig, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Mitglieder. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiche Beteiligung erwartet. 277/2 Der Vorstand.

Wir verkaufen

sehr noch billig

- R 4 Mark an in Petershagen, Ostbahn.
 - R 10 Mark an Seefeld, am Bahnhof.
 - R 10 Mark an Kaulsdorf, am Bahnhof.
 - R 10 Mark an Bahnhof Sadowa, Niedersdorf-Kaulsdorfer-Bad.
 - R 30 Mark an Niedersdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof. Beckenstraße, a. d. Bahnhöfen.
- Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neuo. Königstr. 16.

Steyppdecken

größte Auswahl, sehr preiswert, direkt in d. Fabrik Bernhard Brochmandel, Berlin S. 14, 72 Wallstraße 72 u. W. 15, Joachimthaler Straße 25/26. Alle Steyppdecken werden aufgearbeitet.

Unser neues Credit-System

Einziges Unternehmen Deutschlands
Waren- und Möbel-Kredit zu Kassapreisen

Diskreter Kassierung
Lieferung direkt ab Fabrik oder Lager

25 pCt. billiger
wie üblich

Kaufhaus Universum
Julius Jtmann G.m.b.H.
Link-Strasse 21

Der Parteitag von Florenz.

Florenz, den 19. September.

Erster Verhandlungstag.

Mit großer Feierlichkeit ist heute vor einem über tausend Köpfe zählenden Publikum von Delegierten und Gästen im Theater Sabin...

Etwas unruhig wurden die Wellen des Kongresses, als ein Genosse vorschlägt, den Opfern des Streiks von Parma einen Gruß zu senden...

Zu neuen Kontrasten scheint der Jarenbesuch Anlaß geben zu sollen. Genosse Vergamasso schlägt vor, daß der Kongreß sich verbinden solle...

Es folgt dann der Bericht des Parteivorstandes, den Genosse Paoloni gibt.

Er ist teilweise polemisch. In Rom hätte der Integralismus gesiegt mit dem ausdrücklichen Mandat, in der Partei die syndikalistische und die reformistische Degeneration zu beschneiden.

Der erste Diskussionsredner ist Turati, der nicht möchte, daß man jetzt über die prinzipielle Haltung des Vorstandes diskutiere.

Die Frage finde besser in der nachfolgenden Diskussion über die Taktik und den Generalstreik ihren Platz.

Der Vorstand habe sich in Haltung und in der Haltung der Mailänder Reformisten bei dem Generalstreik zu sprechen, der auf das Blutbad von Pietrasanta folgte.

unterbrochen wird, sowie Alfani, der dem Vorstand die Vernachlässigung der Agitation in den südlichen Provinzen zum Vorwurf macht.

Sehr heftig geht gegen den Parteivorstand Genosse Modigliani, ein Reformist, vor, der den Vorstand der Untätigkeit und Schlawheit beschuldigt.

Ihm folgt ein Arbeiter, Genosse Ratti, von der Mailänder Parteivereinigung. Für Turati gäbe es außer den Reformisten in der Mailänder Parteibewegung nur dumme Jungen oder Verrückte.

Der nächste Redner, Genosse Bussi, Mitglied des Parteivorstandes, führt aus, daß man die einzelnen Handlungen des Parteivorstandes als Ausdruck der in Rom angenommenen integralistischen Resolution ansehen müsse.

Lazzari, der nächste Redner, vertreibt zunächst ein Votum, das das Verhalten des Parteivorstandes in Sachen des geplanten Eisenbahnerstreiks beklagt.

Das Verhalten des Parteivorstandes in Sachen des geplanten Eisenbahnerstreiks beklagt. Dann hebt er die geringe Unterführung und die geringe Propagandierung der italienischen Parteisektion im Auslande hervor.

Von Weisfall empfangen bedrückt Genosse Morgari, jetzt Chefredakteur des „Avanti“, die Rednertribüne.

Bei der Abstimmung über die Taktik-Resolution siegte soeben eine reformistisch-integralistische Konzentration über reine Integralisten und Intransigenten.

Rat zu geben. Das werde sie sich immer wieder erlauben. Wir müssen den Mut haben, uns der Popularität entgegenzustellen...

Morgari entwirft die Geschichte der autonomen Zirkel in Mailand und zeigt, wie brutal und mit welcher überlegenen Hochmut die Reformisten jeden Einigungsversuch abgelehnt hätten.

Nachdem Genosse Lazzari in so veröhnlicher Weise von der Möglichkeit gesprochen hatte, die Tagesordnung Modigliani mit dem Zusatz Lazzari anzunehmen...

Schließlich geht mit guter Mehrheit eine Tagesordnung Dugoni durch, die dem Parteivorstand die Billigung des Kongresses ausspricht und sein Verhalten gutheißt...

Schließlich geht mit guter Mehrheit eine Tagesordnung Dugoni durch, die dem Parteivorstand die Billigung des Kongresses ausspricht und sein Verhalten gutheißt...

Schließlich geht mit guter Mehrheit eine Tagesordnung Dugoni durch, die dem Parteivorstand die Billigung des Kongresses ausspricht und sein Verhalten gutheißt...

Schließlich geht mit guter Mehrheit eine Tagesordnung Dugoni durch, die dem Parteivorstand die Billigung des Kongresses ausspricht und sein Verhalten gutheißt...

Florenz, 22. Sept., 8,03 Uhr nachm.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Bei der Abstimmung über die Taktik-Resolution siegte soeben eine reformistisch-integralistische Konzentration über reine Integralisten und Intransigenten.

König-Str. 33



Heute!



König-Str. 33

kommen ca. 5000 Stück diverser Damenwäsche, bestehend aus Taghemden in nur prima Qualitäten mit Stickereien, Spitzen oder handgestickten Passen, Vorder- und Achselschluss, nur beste Ausführungen fast für die Hälfte des Wertes zum Verkauf!

Ausserdem: Ein Posten Kopfkissen mit 4 Jour Hohlaum, Wert bis 2.00 Jetzt 88 Pf. u. 1.10

Ein Posten Damast-Kopfkissen m. 4 Jour, Wert bis 3.50 Jetzt 1.25 1.45

Kleiderstoffe

Seidenstoffe

- Kostümtuche prima Qualität, 140 cm breit, Wert bis 6.00, Meter Jetzt 1.95 3.90
Kostümstoffe in engl. Genre, 140 cm breit, Wert bis 3.00 Meter Jetzt 1.75
Ein Posten Chevrons-Diagonals mod. Herbst-Kleiderstoffe bis 110 cm breit . . . Meter 1.65 95 Pf.
Ein Posten englischer Blusenflanelle imitiert, schöne Streifen Meter Jetzt 58 Pf.

- Reinseidener Taffet-Chiffon 60 cm breit, nur schwarz, Wert bis 3.00 Meter Jetzt 1.45
Reinseidene Blusenstoffe nur moderne Muster, Streifen oder Karos Meter Jetzt 1.15
Ein Post. halbseid. Merveilleux u. Serge für Futterwecke, Wert bis 1.75 Jetzt 95 Pf.
Ein Posten halbfert. Roben in Japon od. Seidentüll, Wert bis 22.00 28.00 36.00 Jetzt 16.00 19.75 24.00

Ein Posten Steh-Umlege-Kragen 95 Pf. prima 4 fach 1/4 Dutzend

Ein Posten Herren-Manschetten 95 Pf. prima 4 fach 1/4 Dutzend

ca. 3000 reinseid. Kragenschoner-Tücher Wert bis 1.75 Jetzt 95 Pf.

ca. 2000 verschiedene Herren-Mützen . . . Stück Jetzt 38 Pf.

ca. 5000 Stück Normal-Unterwäsche nur ps. Qualit. bestehend aus: Damen- und Herren-Beinkleider, -Hemden, Röcke, Hemdhosen (Kombinagen), Jacken, Untertailen, Leibbinden, Lungenschützer, Wert fast das Doppelte, Jetzt 48, 68, 95 Pf., 1.25, 1.65, 1.95

ca. 10 000 Meter Besatz-Borde in allen Farben, Meter Wert bis 1.25 Jetzt 25 Pf.
ca. 6000 Meter reinseidenes Taffetband 11 cm breit, in allen modern Farb., Mtr. 28 Pf.

ca. 4000 Meter Sammetband 1/2 cm breit, Meter 3 Pf., Stück 12 Meter 35 Pf.
ca. 3000 Meter Sammetband 1 cm breit, Meter 5 Pf., Stück 12 Meter 50 Pf.
ca. 1000 Meter Java-Stoff für Abenddecken, 170 cm breit, Meter 1.25

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

Königstrasse 33

vorm. Pfingst & Co.

Königstrasse 33



Passage-Kaufhaus

Friedrich-Strasse 110-111-112

BERLIN

Oranienburgerstr. 54-55-56-56a

Vereinigung erstklassiger Spezialgeschäfte

Eröffnung

Montag, 28. September, Nachmittag 5 Uhr

Das Passage-Kaufhaus wird dem kaufenden Publikum in jeder Beziehung enorme Vorteile bieten, wie sie nur von einem so großzügigen, Alles überragenden Unternehmen allein erwartet werden können.

FAHR-VERBINDUNGEN:

Auto-Omnibusse: 4, 4a, A. Omnibusse: 2, 5, 10, 14, 18, 20, 44, 45	Strassenbahnen: 1, 4, 12, 16, 18, 19, 25, 26, 28, 29, 32, 34, 43, 52, 56 und Städtische Strassenbahn.	Stadt- u. Vorortbahn: Bahnhof Friedrichstraße Lehrter Bahnhof Stettiner Bahnhof
---	---	--